

# Der Steinarbeiter

## Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementpreis durch die Post exkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.  
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:  
**Leipzig**  
Seitzer Straße 32, IV., Volkshaus  
Telephonruf 7305.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die einspaltige  
Reizzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen  
vorherige Einlegung des Betrages aufgenommen.  
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 28.

Sonnabend, den 11. Juli 1914.

18. Jahrgang.

### Inhalt.

**Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.** — Hohe Beiträge und niedrige Löhne. — Hinterbliebenen-Unfallrentenkampf — Herzliche Begutachtung. — Aus dem internationalen Steinarbeitersekretariat. — Das Taylorsystem „im höchsten Maße unsocial“. — Terrorismus gegen Innungsmittglieder. — Bekanntmachungen des Zentralverbandes. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Feuilleton: Dahoam. — Dichtung. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressen-Veränderungen. — Versammlungskalender. — Briefkasten. — Anzeigen.

**Beilage: Militarismus und Volksbildung.** — Wirtschaftliche Rundschau. — Aus dem Fichtelgebirge. — Die Keramiker wollen ihren begangenen Streikbruch beschönigen. — Abrechnung der Zahlstellen des Zentralverbandes der Steinarbeiter vom 1. Januar bis 31. März 1914. — Abrechnung der Hauptkasse vom 1. Quartal 1914. — Nach dem Verbandstag. — Literarisches.

### Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Über alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

**Gesperert sind:** Gebweiler: Sämtliche Betriebe. — Frankfurt a. O.: Sämtliche Betriebe. — Hlonheim: Sämtliche Betriebe. — Jöbenbüren: Sämtliche Sandsteinbetriebe. — Hall: Die Betriebe der Firma Burrer in Wittighausen u. Schlößketten. — Hirschberg: Die Firmen Erner, Stahlberg, Kaminsky und Koch. — Königsberg: Firma Bohumil Glama. **Wiesbaden.** Die Steinmengen im Kunststeingeschäft Mehler stehen noch im Streit.

**Lunowalde (Rausch).** Nach dreitägigem Streit sind die Differenzen bei der Firma Krage zugunsten der Kollegen erledigt.

**Kronach.** Im Granitwerk der Firma Glösel & Weber wurden eine Anzahl Kollegen wegen Zugehörigkeit zum Steinarbeiter-Verbande gemahregelt.

**Offenburg.** Die Lohnbewegung der Steinhauer ist erledigt. Es wurde ein neuer Vertrag auf 3 Jahre mit einer Mindeststundenlohnerrhöhung von 7 Pfg. auf 3 Jahre verteilt, abgeschlossen.

**Niedermendig.** Die Firma Michel Weiler versucht fortwährend den Tarif zu umgehen. Wegen Reklamation wurde etnem Kollegen gekündigt. Infolgedessen ist der Platz bis auf weiteres gesperrt.

**Forstheim.** Die Unternehmer weigern sich in Tarifverhandlungen einzutreten. Zugang ist zu unterlassen.

**Fichtelgebirge.** Der Streit bei der Firma Müller in Wirsberg dauert fort. Die Firma will Arbeitswillige anwerben.

**Lunshendorf (Kreis Neurode).** Der Melaphorbetrieb der Schleifischen Hartsteinwerke ist wegen Maßregelung, betrreffs Zugehörigkeit zum Steinarbeiterverband, gesperrt.

**Schreiberhau (Riesengeb.).** Die Firma Liebig ist wegen Lohnreduzierungen gesperrt.

**Niederlinda-Sauban.** Die Firma Brüggemann ist wegen Maßregelung der Tarifkommission gesperrt. — Die Firma Holzamer, Bauer & Co. hat die Mitglieder der Lokalverwaltung entlassen.

**Mühlhausen (Elz).** Die für Mühlhausen angelegten Unterhandlungen sind gescheitert. Grund hierzu war, weil die Unternehmer als Vertreter des Christlichen Keram- und Steinarbeiterverbandes drei Streikbrecher, darunter auch den ausgeschlossenen Droll, herbeijittiert hatten.

**Wien.** Seit dem 4. Juni stehen die Steinmengen der Bau- und Grabsteinbranche im Streit. In Betracht kommen 450 Streikende aus 60 Betrieben.

### Hohe Beiträge und niedrige Löhne.

Von den Gegnern der modernen Arbeiterbewegung werden vielfach die hohen Beiträge der Arbeiter für die Gewerkschaften als Beweis dafür herangezogen, daß es den Arbeitern eigentlich noch viel zu gut gehe und daß deshalb die Arbeiterforderungen übertrieben seien.

Es mag ja im Vergleich zu den niedrigen Löhnen einzelner Berufsgruppen der in Frage kommende Beitrag als relativ hoch erscheinen. Doch hier kommt vor allen Dingen der Umstand in Betracht, daß die Beiträge deshalb gezahlt werden, um die Lage der Arbeiter zu bessern und um vor allen Dingen die niedrigen Löhne zu erhöhen. Und diesen bestimmenden Grund für die „hohen“ Beiträge verheugen die Arbeiterfeinde mit Absicht, um ihren Argumenten nicht von vornherein den Boden zu entziehen. Selbst Regierungsvertreter scheuen sich nicht, das Märchen von den hohen Beiträgen zu wiederholen, obwohl sie doch eher darauf hinwirken sollten, die Lage der unteren Volksschichten zu heben.

Die Arbeiter, die den Beitrag leisten, kennen die Gründe am allerbesten, die sie zu der Beitragsleistung veranlassen. Denn sie leisten die Beiträge jahraus jahrein, obwohl sie sich doch durch Austrittserklärung der Beitragsleistung entziehen könnten. Ja freilich, für die Widerlegung dieses Beweises haben sich die Arbeiterfeinde des Märchens von dem Terror-

ismus der Arbeiter zurecht gemacht. Wie steht es aber mit der Behauptung von dem Terrorismus der Arbeiter aus? Haben denn die Arbeiterfeinde die Tatsache in Rücksicht gezogen, daß der weitaus größte Teil der deutschen Arbeiter den gewerkschaftlichen Organisationen noch fern steht? O nein, an diese wichtige Sache haben die Arbeiterfeinde wieder mit Fleiß nicht gedacht, denn sonst hätten sie doch zu der Ueberzeugung kommen müssen, daß es mit der Behauptung von dem Terrorismus der Arbeiter schlecht bestellt ist.

Wahr ist vielmehr, daß der Terrorismus der Arbeiterfeinde in erheblichem Maße dazu beiträgt, die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zu vermehren. Denn je mehr gegen die gewerkschaftliche Agitation der Terrorismus ausgespielt wird, desto mehr haben die Gewerkschaften Grund, unter den Arbeitern aufklärend zu wirken. Immer wieder wird als der wirkliche Grund für den Zustrom der Arbeiter zu den Organisationen die Ausbeutung der Arbeiter durch das Unternehmertum und der Klassegegensatz betont werden müssen. Die Ausbeutung der Arbeiter ist ins ungemessene gestiegen und macht selbst vor dem Familienleben nicht Halt, indem durch den unzureichenden Lohn des Mannes die Frau in das Erwerbsleben hinausgetrieben oder der zerstörenden Wirkung der Heimarbeit ausgesetzt wird. Und aus dem Klassegegensatz resultiert doch gerade die wirtschaftliche und politische Unfreiheit des arbeitenden Volkes. Da ist es doch wirklich nicht nötig, den Arbeiter durch Terrorismus in die Organisation zu zwingen: Die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse ziehen die moderne Arbeiterbewegung entstehen und treiben immer neue Scharen proletarischer Kämpfer in die Organisationen hinein.

In den Reihen der organisierten Arbeiter werden nur selten Klagen über zu hohe Beiträge laut. Vielleicht wenn da oder dort ein neuer Unterstützungszweig eingeführt wird. Sind doch die Beiträge in Wahrheit gegen die Leistungen der Organisationen so gering, daß es das ganze Geschick arbeitsstarker und opferwilliger Männer erfordert, um überhaupt mit den vorhandenen Mitteln den vielfachen Anforderungen genügen zu können. Es steht für jeden Einsichtigen fest, daß die Arbeiterorganisationen längst nicht so florieren, wenn etwa der Geist des preussisch-deutschen Bürokratismus in ihnen vorgeherrsch hätte. Die großen Scharen der organisierten Arbeiter denken auch schon deshalb nicht daran, ihrer Organisation den Rücken zu kehren, weil sich ihnen die Organisation als der Fels erwiesen hat, an dem die Macht der Arbeiterfeinde zerbricht aber vor dem sie zum mindesten Halt machen muß.

Aber in der Masse der unorganisierten Arbeiter wird das Argument der hohen Beiträge und werden andere kleinliche Argumente gegen den Anschluß an die Organisation noch oft und mit Nachdruck erhoben. Dem muß entgegengehalten werden, daß doch die Beiträge in allererster Linie dazu aufgewendet werden, um die allerseuchlichsten Wirkungen der Menschenausbeutung durch das gewinnlüstige Kapital von den Arbeitern abzuwenden und die niedrigen Löhne zu erhöhen. Glauben denn die fernstehenden Arbeiter wirklich, daß Millionen Arbeiter der Organisation Gefolgshaft leisten, weil es ihnen gerade Spaß macht oder weil sie mit dem Gelde, das sie für die Beiträge aufwenden, gerade nichts Besseres anzufangen wissen? Und glauben sie, daß die heutigen Löhne den organisierten Arbeitern sowohl wie auch den unorganisierten überhaupt gezahlt würden, wenn die Gewerkschaften nicht wären? Wenn es nur nach den Unternehmern ginge, dann könnten die Arbeiter nicht mit Lohnerrhöhungen, sondern dann müßten sie mit Lohnkürzungen rechnen. Auch in dieser Hinsicht wird die gewerkschaftliche Aufklärungsarbeit von Erfolg gekrönt, denn das Unternehmertum tut alles, um die Gewerkschaften hierin zu unterstützen.

Wenn von organisierten Arbeitern über hohe Beiträge wirklich einmal geklagt wird, so geschieht das höchstens bei Beitragserhöhungen. Sieht sich aber eine Organisationsleistung dazu gezwungen, eine Beitragserhöhung zu beschließen oder an Beiträgen festzuhalten, die für schlechter gestellte Sparten eines Berufes relativ hoch sind, so gilt auch hier das oben schon Gesagte. Erfordern aber die Verhältnisse eine Beitragserhöhung, dann darf man auch nicht vor einer solchen Maßnahme zurückweichen. Als Hauptargument wird geltend gemacht, daß die Gewinnung neuer Mitglieder dadurch erschwerer würde. Es kann aber nicht geleugnet werden, daß die Agitation für einen aktionsfähigen Verband durch eine Steigerung der Leistungsfähigkeit nur gewinnen kann — die Geschichte der Gewerkschaften beweist das. Und den schlechter gestellten Sparten eines Berufes muß entgegengehalten werden, daß die Aktionsfähigkeit einer großen Gewerkschaft gerade ihnen am meisten zugute kommt.

Es gilt, die Gewerkschaften leistungsfähig zu erhalten, ihnen immer neue Scharen proletarischer Kämpfer zuzuführen. Die Wirkung kann dann nicht ausbleiben, so daß das Wort von den hohen Beiträgen und den niedrigen Löhnen in kein Gegenteil umgewandelt wird.

### Hinterbliebenen-Unfallrentenkampf — Herzliche Begutachtung.

Nicht weniger als 3 Professoren, 1 Oberarzt und der behandelnde Arzt hatten in einer Unfallsreitkache zu begutachten, um den Hinterbliebenen die Rente für den Verlust ihres Ernährers von der Steinbruchsberufsgenossenschaft abtrotzen zu können. Für die Berufsgenossenschaft

hatte sich der bekannte Professor Dr. Liniger-Düsseldorf, welcher seinerzeit das Material für das sogenannte „Berühmte Buch“ für den Verleger L. Schwann in Düsseldorf geliefert hatte, besonders mit seiner Begutachtung ins Zeug gelegt. Es dürfte deshalb auch dieser Hinterbliebenen-Unfallrentenkampf mit dieser eigenartigen ärztlichen Begutachtung für die Leserschaft von großem Interesse sein, weshalb wir ihn hier wiedergeben wollen.

Der Steinarbeiter F. in Wanzleben (Herzogtum Braunschweig) hatte am 15. Mai 1913 dadurch einen Unfall erlitten, indem er durch Abspringen von einem mit Steinschutt beladenen und im Gange befindlichen auf einem Gleis laufenden Wagen sich neben Hautabschürfungen und Verstauchung der linken Hand beim Fall innerliche Beschwerden zuzog. Er nahm jedoch schon am 20. Mai 1913 seine Arbeit wieder auf, mußte aber am 24. Mai erneut den behandelnden Arzt Dr. J. aufsuchen, weil er den Urin nicht los werden konnte. Nachdem der Arzt Dr. J. die Urinentleerung veranlaßt hatte, klagte der Verletzte über heftige Leidschmerzen, so daß er von Dr. J. am 26. Mai 1913 nach dem Krankenhause zu Holzminde überwiesen werden mußte. Im Krankenhause klagte der Verletzte dem Oberarzt Dr. E. seine Schmerzen und wurde freier Litter in der Bauchhöhle festgestellt. Eine Operation erschien dem Oberarzt bei dem jetzt schwerkranken Verletzten ausichtslos, F. starb bereits am 27. Mai 1913 im Krankenhause. Die vorgenommene Sektion ergab allgemeine eitrige Bauchfellentzündung, die ihren Ausgang von einer Blinddarm-Entzündung genommen hatte. Beide Ärzte, Dr. J. und Dr. E., erklärten gutachtlich, daß die tödliche Erkrankung durch den Unfall — Fall auf den Leib — verursacht worden sei. Der vorgefundene Kotstein in dem Blinddarm an der Stimmündungstelle des Wurmfortsatzes könne erst in letzter Linie für die Erkrankung verantwortlich gemacht werden und sei das auslösende Moment nur der Unfall usw.

Die Sektion IX der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft in Hannover hörte nur Herrn Landes-Medizinalrat Prof. Dr. Liniger-Düsseldorf, welcher sich nach Prüfung der Unfallszeugen auch zur Begutachtung bereit erklärte. Trotzdem die Unfallszeugen nur günstig für den Verstorbenen auslagen konnten, begutachtete der genannte Herr Professor zugunsten der Berufsgenossenschaft. Er erklärte in seinem Gutachten, daß nur eine entfernte Möglichkeit des Zusammenhanges zwischen dem Unfall und dem tödlichen Leiden z. B. bestesse, die nicht zur Anerkennung von Entschädigungsansprüchen ausreichen könnte. Genannte Berufsgenossenschaft lehnte hierauf das Sterbegeld und die Hinterbliebenenrente ab, sodas das Herzogliche Oberversicherungsamt in Braunschweig nach erfolglosem Versicherungsamtsverfahren angerufen werden mußte im Berufungsverfahren.

Es wurden nun die Herren Professoren Dr. Schmidt und Dr. v. Hoecklin in Halle vom Oberversicherungsamt als v. Begutachter gehört. Zu dem erstatteten Gutachten führen beide Professoren u. a. aus:

... Es ist somit zweifellos ein zeitlicher Zusammenhang zwischen Unfall und zum Tode führenden Erkrankung gegeben. Die sofort nach dem Unfall aufgetretenen Beschwerden sind nur allmähliche Folgen der Bauchteilwirkung (vielleicht Zerrung der Muskulatur oder des Bauchfells) anzufassen. Die durch die Entzündungen verursachten Erscheinungen haben wohl e. B. später eingesetzt von welchem Zeitpunkt ab, läßt sich infolge der bauernd bestehenden Schmerzen nicht feststellen. Die am 27. Mai konstatierte Urinverhaltung ist als erstes Zeichen der Bauchfellentzündung aufzufassen. — Durch Unfälle können nun zweifellos Erkrankungen des Wurmfortsatzes ausgelöst werden, wie durch die Erfahrung vielfach bestätigt wird. Außerlich wahrnehmbare Verletzungen sind dazu nicht erforderlich. — Was die in sämtlichen Gutachten erwähnte Rolle des vorgefundene Kotsteins betrifft, so können wir diesen nur eine indirekte Bedeutung zumessen. ... Wir haben somit keinen Grund, dem Kotstein unter Ausschluß des Unfalles irgendwelche primäre Bedeutung für die Erkrankung des Wurmfortsatzes und die folgende Bauchfellentzündung zuzuschreiben. — Der Tod ist demnach als Folge des Unfalles anzusehen.

Das Herzogliche Oberversicherungsamt hat hierauf am 30. Dezember 1913 die Steinbruchs-Berufsgenossenschaft zu Hannover zur Zahlung des Sterbegeldes und der Unfall-Hinterbliebenenrente im jährlichen Betrage von 529.20 Mark für Witwe und 2 Kinder verurteilt.

Herr Professor Dr. L. dürfte diesen „Reinfall“ seiner wissenschaftlichen Begutachtung“ sicherlich nicht zur Sammlung des Materials für die Neuaufgabe des „Berühmten Buches“ dem Verleger Schwann in Düsseldorf zur Verfügung stellen. Allerdings gehört schon ziemliche „Courage“ dazu, gegen 4 ärztliche Gutachten im entgegen gesetzten Sinne aufzutreten, wie es Prof. Dr. L. hier getan hat! Unter diesen 4 ärztlichen Gutachtern befanden sich doch auch der behandelnde und der Krankenhaus-Sektions-Arzt, die günstig geurteilt hatten! Hinzu kam ferner noch, daß der Verstorbene erst vom Unfallort gang ankränkelte, sonst gesund war! Dieses mußte doch auch Herr Prof. Dr. L. bei objektiver Beurteilung dieses Falles berücksichtigen! — Eine weitere Kritik über das Verhalten der Berufsgenossenschaft wollen wir uns erheben und das Urteil der Leserschaft überlassen. Amüsant muß es aber wirken, wie der behandelnde und der Sektions-Arzt des Verstorbenen mit der Begutachtung durch Prof. L. „beiseite geschoben“ werden sollen! Hier gelang es aber nicht, da auch die beiden Professoren, Dr. Schmidt und Dr. H., den Herrn Prof. Dr. L. „fallen“ ließen.

R. V.

# Was dem internationalen Stein- arbeitersekretariat.

Das Zentralkomitee des Nordamerikanischen Granit-  
arbeiterverbands sendet dem internationalen Stein-  
arbeitersekretariat folgenden Bericht:

Auf Grund der statistischen Berichte über Todesursachen  
unser Mitglieder haben wir Material über die Berufs-  
krankheiten im Granitgewerbe Nordamerikas. Unser  
Gewerbe ist im allgemeinen ein gesundes, aber seit  
Einführung von arbeitssparenden Maschinen und Vorrich-  
tungen wurde die Gesundheit der Arbeiter, welche mit diesen  
Maschinen umgehen, gefährdet.

Im Jahre 1895 war der Prozentsatz der an Schwindsucht  
verstorbenen Mitglieder ungefähr 40. Seit Gebrauch der  
großen Hobelmaschine ist die Atmosphäre in den Schneid-  
fabriken sehr staubig geworden, wodurch dem Schwindsucht-  
keim reichliche Nahrung gegeben wurde. Innerhalb weniger  
Jahren weigerten sich unsere Mitglieder, in Fabriken  
zu arbeiten, in welchen diese Maschinen in Tätig-  
keit waren, wegen des vielen Staubes, den diese  
Maschinen verurachten. Jetzt befinden sich diese Ma-  
schinen außerhalb der Fabriken in freier Luft, aber sie be-  
finden sich allein in einem Gebäude für sich und üben so auf  
die nicht mit der Maschine beschäftigten Arbeiter keinen  
schädigenden Einfluß mehr aus.

Während diese Veränderung Platz griff, wurde die Hand-  
hobelmaschine erfunden, eine kleine Maschine zum Hobeln  
kleiner Flächen, angebracht am gleichen Rohr wie die pneu-  
matischen Maschinen der Fabrik. Dieser Apparat wird in  
den gleichen Räumen gebraucht, wo die Arbeiter mit Hand-  
werkzeugen beschäftigt sind, denn nur dadurch er-  
gibt er einen Vorteil, wird er doch nur für kleine Flächen,  
wie Schrägflächen, Schneiden kleiner Grabsteine verwendet.  
Der Gebrauch dieses Apparats ist sehr häufig und hat er sich  
als das ungeeignetste Werkzeug von allen bewiesen. Er ver-  
ursacht viel Staub, kann ohne Staubentwicklung überhaupt  
nicht gebraucht werden, und weil nun die Fabriken im Nor-  
den während der Kältezeit, also 5-6 Monate im Jahre,  
nicht offen gehalten werden können, erlitt die Gesundheit  
unser Mitglieder großen Schaden.

Vor 1912 haben die Sektionen einiger Städte den Ge-  
brauch dieser Apparate für ihre Mitglieder verboten. Auf  
unserm Kongress in Quinco im April 1912 wurde beschlossen,  
die Handhabung dieser Maschinen allen Mitgliedern zu ver-  
bieten, sofern in Fabriken nicht Saugvorrichtungen zur Ent-  
fernung des Staubes in Anwendung kommen. Weil nun  
aber bis heute noch keine geeignete oder praktische Vorrich-  
tung zur Entfernung des Staubes erfunden ist, wurde der  
Gebrauch dieser ungesunden Handmaschine eingeschränkt.

In den Jahren 1895 bis 1910 stieg der Prozentsatz der  
durch Schwindsucht verursachten Todesfälle von 40 auf 80  
Prozent. Durch unser oben geschildertes Vorgehen ging die  
Zahl der durch Schwindsucht verursachten Todesfälle wieder  
zurück, so daß im Jahre 1913 von den 216 Sterbefällen, für  
die wir Unterstützung zu bezahlen hatten, 102 auf Schwindsucht  
zurückzuführen sind, so daß der Prozentsatz auf zirka  
45 Prozent gesunken ist. Die nächstgrößte Todesursache war  
Pungenentzündung (17 Prozent), dann Herzleiden (16),  
Krebs (9), Unfälle (6).

Im allgemeinen liegt den Arbeitgebern wie den Ar-  
beitern daran, die Ursachen der Schwindsucht einzuschränken,  
denn die meisten Arbeitgeber waren in ihren früheren Jah-  
ren auch in den Granitfabriken beschäftigt. Auch sehen sie,  
daß viele Arbeitgeber an dieser Krankheit dahinkommen,  
dann aber, daß ihre besten Arbeiter im Alter von 40 Jahren  
an der Schwindsucht dahinsinken mußten. All dieses hat  
sie geneigt gemacht, mit uns gemeinsam an der Beseitigung  
des Übels, hier bekannt unter dem Namen weiße Pest, mit-  
zuarbeiten.

Den „Cartiere“ entnehmen wir folgende Notizen über  
den Streik von S p r i m o n t und Umgebung in B e l g i e n:  
Der Streik dauert nun schon bereits drei Monate; er  
wurde uns von den Arbeitgebern aufgezwungen, indem sie  
all ihre gegenseitigen mündlichen und schriftlichen Versprechun-  
gen durchbrachen. Es sollte pro 1913 eine Revision des

Tarifs stattfinden, die Meister hatten dies anerkannt, aber  
als die Zeit der Besprechung dieser Revision heranrückte,  
gingen sie nicht darauf ein, sondern nahmen im Gegenteil  
Preiserhöhungen vor.

Zirka 1400 Mann haben diese Gewalttätigkeit abge-  
wiesen und die Arbeitsstelle verlassen, wenn sie auch wußten,  
daß es sich um einen langen und äußerst jähen Kampf han-  
deln wird. Die Solidarität ist bis heute noch die gleiche  
wie im Anfang geblieben.

Nun machten die Unternehmer große Anstrengungen, um  
Arbeitswillige zu erhalten, und sandten ihre Agenten in  
alle Länder. Am 17. Mai war es, als zirka 75 solcher  
Brüder aus Bayern hier ankamen. Sie waren mit Lumpen  
befleidet und machten den Eindruck von Alkoholikern  
und faulen Menschen. Die in den Brülhen noch beschäftigten  
Tagelöhner legten nun ebenfalls die Arbeit nieder, denn  
mit dieser Gesellschaft wollten sie sich nicht zusammenschließen.  
Die Meister waren aber bald enttäuscht über die geglaubte  
Fähigkeit dieser Subjekte. Einige Tage später kam noch eine  
Partie Arbeitswillige aus Flammant, aber auch diese weigerten  
sich, mit den beschäftigten Streikbrechern zusammen zu  
sein und machten Rekrut.

Die Bevölkerung steht auf Seite der Streikenden.

## Das Taylorsystem „im höchsten Maße unsozial“.

Dieses Urteil stammt nicht etwa aus einer Arbeiter-  
zeitung oder aus dem Munde eines übereifrigen bürgerlichen  
Sozialreformers, sondern es ist die „Deutsche Arbeiterge-  
zeitung“, die diese vernünftige Ansicht vertritt! Der mit Dr.  
H. gezeichnete Artikel trägt die Ueberschrift „Taylorsystem  
und Hygiene der Arbeit“ und enthält eine so treffende Dar-  
stellung dieses raffinierten Ausbeuter-systems, daß wir die  
entscheidenden Stellen hier wiedergeben wollen:

Produktion und Arbeit sind schließlich nicht Selbstzweck, sondern  
sollen dazu dienen, den Menschen ihre Existenz zu verbürgen und  
die für das Leben nötige Nahrung zu gewinnen. Das Taylorsystem  
löst das Problem einer rationell arbeitenden Produktion lediglich  
vom Standpunkt rein verstandesmäßigen Kalküls und ist aus diesem  
Grunde in höchstem Maße — wenigstens für absehbare  
Zeiten — unsozial. Es betrachtet den Produktionsprozeß als  
Ding an sich, als reines Rechenexempel, wirft fleißige, aber von  
Natur aus nicht allzu geschickte Arbeiter — ungleich verteilt sind die  
Güter des Lebens — erbarmungslos auf das Pflaster und vergiftet,  
daß der Arbeiter, auch der weniger begabte, ein Mensch von Fleisch  
und Blut ist, für den auch der Arbeitgeber ein fühlend Herz haben  
soll. Im smarten Amerika, das die höchste, den Geschäftssinn, zur  
höchsten moralischen und bürgerlichen Tugend erhoben hat, mag  
das Taylorsystem am Platze sein, zumal die dort eingewanderten  
Arbeiter, Italiener, Slawen und Juden, von den Yankees als  
Schlaven behandelt und behandelt werden. Im rückständigen Europa,  
besonders in der Arbeiterverfassung — fast möchte man sagen Gott sei Dank —  
noch immer die patriarchalischen Gebräuden anhaften, dürfte es,  
von Einzelheiten, deren Nachahmung empfehlenswert wäre, ab-  
gesehen, kaum am Platze sein.

Das Taylorsystem ist also aus Rücksicht rein praktischer Natur  
heraus entstanden, und soweit es Beziehungen zur Wissenschaft  
unterhält, macht es von dieser unter Ausschaltung aller ethischen  
Imponderablen nur Gebrauch, um vermöge einer bis zum äußer-  
sten Raffinement getriebenen Arbeitsteilung aus dem einzelnen  
Arbeiter das nur denkbare Maximum an Arbeitsleistung herauszu-  
locken. Da es gleichzeitig den Arbeiter der Mühe des elagren Den-  
kens überhebt, so wird dieser zum reinen Werkzeug, zur menschlichen  
Maschine degradiert. Das Taylorsystem mag, rein technisch ge-  
nommen, einen Fortschritt bedeuten; ob dieser aber nicht durch das  
Herabdrücken des geistigen Niveaus der Arbeiterschaft allzu teuer  
erkaufte werden würde, mag dahingestellt bleiben.

Es wird noch auseinandergelegt, daß die Möglichkeit sei-  
ner Anwendung auf die Fabrikation von Massenartikeln be-  
schränkt ist und für das Handwerk und das Kunstgewerbe,  
dessen Erzeugnisse „gewissermaßen mit feilscher Anteilnahme  
geschaffen werden“, ohne jede Bedeutung sei. Ferner findet  
Dr. H. es „überaus bezeichnend“, daß sich die Wissenschaft  
in solcher Weise in den Dienst des kapitalistischen Profitstre-  
bens gestellt habe, und er äußert die leider durchaus nicht  
zutreffende Meinung, daß dies bei uns doch nicht möglich sei.  
Im materiellen Amerika verfolgt die Wissenschaft eben auch  
mehr materielle Zwecke. In den Kulturstaaten des alten

müden Europa wird die Wissenschaft aber noch um der Wis-  
senschaft halber getrieben, nicht ausschließlich zu dem Zweck,  
die Mittel und die Ergebnisse ihrer Forschung in den Dienst  
gesteigerten Geschäftsgewinns zu stellen. Um jedoch nicht den  
Verdacht aufkommen zu lassen, als ob er selbst mit dieser an-  
gebliehenen Voraussetzungslosigkeit der europäischen Wissen-  
schaft zufrieden sei, ergeht er sich gleich darauf in großen Vor-  
würfen gegen den sogenannten Kathedersozialismus, von  
dessen Vertretern er sagt, sie saugten „um Schaden für unsere  
innerpolitischen Zustände aus jeder Blume vergifteten Hon-  
ig, legen sich die Ergebnisse ihrer angeblichen Wissenschaft  
für ihre Zwecke passend zurecht, verschärfen die Klassengegen-  
sätze und besorgen dadurch letzten Endes nur die Geschäfte  
der Umsturzpartei“.

Durch diese letzten Sätze wird erfreulicherweise der un-  
willkürlich aufsteigende Zweifel beseitigt, daß die Arbeit-  
geber-Zeitung vielleicht einer Mystifikation zum Opfer ge-  
fallen sei. Die Arbeiter und die Sozialpolitiker dürfen da-  
her nicht verkümmern, sich diese wertvollen Ausführungen auf-  
zulesen und für spätere Auseinandersetzungen vorzubereiten.

## Terrorismus gegen Innungs- mitglieder.

Nicht Arbeiter sind es, die sich mit terroristischen Maß-  
nahmen gegen Innungsmeister gewandt haben, sondern  
Innungsvorkände und Innungsverammlungen. Gaben beim  
vorjährigen Tarifkampf im Malergewerbe hohe  
Geldstrafen gegen diejenigen Malermeister verhängt, welche  
die von den Innungen beschlossenen Kampfmaßnahmen gegen  
die Arbeiter nicht durchgeführt hatten. Wer also nach der  
Polizei, dem Staatsanwalt, dem Strafrichter und dem Ge-  
schworenen ruft, damit der angeklagte von Arbeitern verurteilt  
Terrorismus seine Sühne finde, der möge auch die hier an-  
geführten Beispiele beachten. Sie beziehen sich auf die vor-  
jährige Aussperrung der Maler und sind nur eine kleine  
Auslese aus der reichen Fülle ähnlicher Vorkommnisse.

Die Sagerer Zwangsinnung gab ihren abgehenden Mitglie-  
dern einzeln bekannt: „Da Sie, wie uns zu Ohren gekommen ist,  
noch nicht dem Beschluß nachgegeben sind, die organisierten Ge-  
hilfen zu entlassen, fordern wir Sie auf, dieses sofort zu bewirken.  
Andernfalls zahlen Sie eine Geldstrafe von 20 Mk.“

Die Bielefelder Zwangsinnung dekretierte: „Jeder Ge-  
hilfe, welcher sich weigert einen Nevers zu unterschreiben, muß en-  
lassen werden.“

Die Dürener Zwangsinnung schrieb: „Wird ein organisier-  
ter Gehilfe nicht entlassen oder ein solcher eingestellt, so ist in die  
Innungsliste für jeden einzelnen Fall eine Strafe von 20 Mk. zu  
zahlen.“

Das gleiche Vorgehen beliebten die Zwangsinnungen  
im gesamten Reich fast allgemein: zum Teil unter An-  
drohung von Geldstrafen bis zu 200 Mk. Half das nichts,  
so drohte man mit der Materialsperrung, mit der Abtreibung  
von Arbeiten durch die sich solidarisch erklärenden Bau-  
arbeitgeber, organisierten Industriellen und Behörden und  
mit der Abschneidung des Akzises. Nicht nur die Nicht-  
befolgung der Aussperrung, auch das Verleihen der Werkzeuge  
und die Ausführung von Arbeiten, die von einem andern  
Meister angefangen wurden, ist verboten und mit den  
schlimmsten Uebeln bedroht worden.

Die Bielefelder Zwangsinnung erließ folgende Bekannt-  
machung: „Es ist den Innungsmitgliedern verboten, Werkzeuge oder  
Zutehörteile an solche Personen zu verleihen oder für sie aufzu-  
stellen, bei denen die Befürchtung vorliegt, daß sie den allgemeinen  
Interessen unserer Mitglieder wirtschaftlichen Schaden zufügen.“  
Bei Uebertretung vorstehender Beschlüsse wird die höchste zulässige  
Strafe in jedem Einzelfalle zur Anwendung gebracht.“

Die Dürener Zwangsinnung gab folgenden Beschluß durch  
Zirkular bekannt: „Sollte ein Meister Arbeiten übernehmen und  
ausführen, welche ein Kollege schon im Auftrag hatte, so muß er  
sich vor der Versammlung angelegentlich Strafe unterziehen. Diese  
beträgt für jeden eingestellten Gehilfen 20 Mk., für jede unberech-  
tigte Ausführung der Arbeit 20 Proz. der Rechnungssumme. Auf  
alle Fälle beträgt die Strafe 100 Mk. für jede ausgeführte Arbeit.“

Die Zwangsinnung zu Bielefeld verhandte folgendes viel-  
seitige Rundschreiben: „Von der Ueberwachungscommission ist  
festgestellt worden, daß Sie den Anordnungen und Beschlüssen des  
Vorstandes sowie der Innungsverammlungen nicht Folge geleistet  
haben. — Der Vorstand hat Sie deshalb in Strafe genommen und

## Dahnam.

Der 9. Gewerkschaftskongress fand in der Woche vom 23. bis  
30. Juni bekanntlich in München statt. Ueber den glänzenden Ver-  
lauf desselben haben wir im „Steinbrüche“ eingehend berichtet  
und besonders hervorgehoben, daß die Münchner Genossen alles  
getan haben, um das Arrangement des Kongresses vorzüglich zu  
gestalten, was ihnen auch gelungen ist. München hatte vor zehn  
Jahren netto 17 000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter; jetzt ist  
die Zahl auf 67 000 gestiegen. Das ist eine glänzende organisa-  
torische Leistung, wenn man bedenkt, daß in München die erzbischof-  
liche Geistlichkeit residiert und dort auch die recht freibaren Zen-  
trumspfeiler ihren Sitz aufgeschlagen haben. Die Christlichen haben  
es in der Kampfstadt bloß auf ein paar launigen Mitglieder gebracht,  
trotzdem sie einen Stab von Sekretären unterhalten. Ich will aber  
heute nicht über München berichten, sondern, da ich gelegentlich des  
Kongresses meiner lieben Netten einen kurzen Besuch abstat-  
tete, die gemanneten Eindrücke auch an dieser Stelle wiedergeben.  
Netten liegt am linken Donauufer, hart an den Vorbergen des  
Bayerischen Waldes. In Waidmann hat Neuen, welches gegen 2000  
Einwohner zählt, eine große Bedeutung wegen des Benediktiner-  
klosters. Dieses wurde unter Karl dem Großen im Jahre 797 ge-  
gründet. Von da ab bis zum Jahre 1904, also bis zur Zeit der  
Säkularisation, behand das Kloster ununterbrochen. Unter Für-  
stbischof I. wurde dann 1827, wenn ich nicht irre, wiederum ein Prior  
eingesetzt und später sogar ein Abt. Heute befinden sich im Kloster  
etwa 40 Mönche (Ordensbrüder) und vielleicht 20 Frater (Klein-  
brüder). Das Kloster unterhält ein Gymnasium, welches den Staats-  
examina abgibt. In der Zeit werden etwa 400 Schüler vor-  
zubereitet. Die Pater haben unter der Gewalt des Abtes, der  
Vorsitz der Verwaltung innehat, für sie als Vorgesetzter nicht in Be-  
rechtigung. Das Kloster ist natürlich unbesetzt. Ich erinnere  
mich aber, daß ein Seminarlehrer, welcher jetzt als Pfarrer in  
Eichstätt fungiert, gelegentlich einer Predigt vor etwa 20 Jahren  
sagte: „Neuen ist ein armes Klosterlein.“ Dabei hat es aber  
keine Grundbesitz, und zwar nur die besten Gründe in der Reiter-  
Gegend. Das Kloster besitzt eine große Lehnomanie, unterhält  
Schulen; das Kloster hat voran eine Brauerei, eine Mühle,  
Gärten, wozu alle die Grundbesitzer beitragen, die zur Führung einer  
so großen Gemeinschaft notwendig sind. Um das Bier in genügender  
Menge absetzen zu können, werden Biergärten angekauft, und in  
diesen Gärten wird die sogenannte Klosterbrauerei unterhalten, welche  
ein Bier und zwar recht prachtvoll gebraut wurde. Als ich mich zu  
einem Spaziergange am Abend, die Klosterkirche bei eintrübiger  
Dämmerung der Umgebung sehr wohl einen Vergleich mit dem  
Klosterbräuerei anschauen. Und die Ordnung im Klosterhof ist

wahrhaftig keine allzu große. Der größere Güter in Mittel- und  
Norddeutschland in Augenschein genommen hat, wird diese meine  
Ansicht teilen.

Recht erkannt war ich, daß seit etwa 20 Jahren am Orte und  
in der Umgebung so viel Häuserstellen durch das Kloster angekauft  
wurden. Eine Anzahlung will ich unterlassen; man muß sich aber  
wundern, daß der Staat so etwas zugeht. Allerdings in Bayern  
haben wir schon seit langem eine Zentrumsregierung. Wo soll  
denn das hin, wenn dieser Kaufungsprozeß in Zukunft anhält?  
Das kann doch nicht im Interesse der Gemeinde und ihrer Bewohner  
liegen. Ja, sagte mir ein Bürger, die Leute sind recht froh, wenn  
das Kloster die Grundstücke aufkauft. Hinter eine solche Behauptung  
muß doch ein großes Fragezeichen gemacht werden. Dem  
Kloster steht schon seit sechs Jahren ein junger Abt vor, dieser dürfte  
heute erst 10 Jahre jährl. Wie man sagt, ist der Konvent damals  
auf eine längere Zeit des halbes Jahr zurückgefallen, damit die ge-  
richtlichen Ueberwachungsgebühren bei der Abwahl innerhalb so  
kurzer Zeitabschnitte nicht so oft wiederkehren. (Der gesamte  
Grundbesitz wird auf den Namen des Abts eingetragen.)

Die Einwohner von Netten und Umgebung sind natürlich be-  
wundert, die beschriebenen Jungen studieren zu lassen, denn das Gym-  
nasium ist doch am Ort. Meistens wird es aber so gemacht, daß  
die jungen Leute zunächst in die Lateinschule eintreten und sich  
dabei schon verpflichten müssen, später den geistlichen Beruf zu er-  
greifen. Für diejenigen, welche im öffentlichen Seminar studieren,  
bezieht diese Verpflichtung allerdings nicht. Von mir sind etliche  
Schulkommissionen gestiftet worden, einige wenige ergriffen auch  
sogenannte liberale Berufe. Wer es sich einigermassen leisten kann,  
schließt seine Tücher ins Kloster zum „Schwabieren“. Ein Haus-  
besitzer und Steinmetz ließ von fünf Söhnen drei Geistliche werden.  
Das hierbei Gönner finanziell einbringen, dürfte ohne weiteres  
klar sein. Wenn nun ein Student aus dem bishöflichen Seminar  
oder später aus dem Lyzeum austritt, so hat er sich die Sympathien  
in der Heimat verdient, auch den Eltern will man das recht fühlen  
lassen. Man sagt: „Der Bua ist halt so Geisteslicher g'word'n.“  
Ich solle den Feinden, welche sich weigern, einen Beruf zu ergreifen,  
zu dem sie keine Neigung haben, allerdings Hochachtung. Ja es  
gibt auch Klosterinsassen, Frater, Novizen und Pater, die dem  
Klosterleben durchaus keinen Geschmack abgewinnen können  
und eines schönen Tages die Tücher verlassen. Wenn man in dieser  
Beziehung seit 20 Jahren eine Piste aufstellen würde, dann würde  
sich ebenfalls schon eine kleine Stufenleiter ergeben. Für meine  
Zeit sei bemerkt, daß die Konventualen, also diejenigen, die die  
Ordnung abgelegt haben, dem Kloster ihr Hab und Gut ver-  
machen müssen. Wahrscheinlich möchte ich aber feststellen, daß  
im Kloster wenig nach der Ordensregel gelebt wird. Die unmit-  
telbaren Junglinge, wie solche im Mittelalter in den Klöstern eintrifft,  
jedes Geschäftswert gibt darüber Auskunft, sind heute unmöglich.  
Die Seminaristen sind vorwiegend im Kloster leiblich unter-  
gebracht, die Verpflegungskosten müssen als sehr mäßige bezeichnet

werden. Wenn die Studenten in die Ferien, dann werden die  
Küchenjungen und Ministranten „neu kostümiert“, das heißt, die  
ausgeräumten Kleiderstücke werden von jenen in Beschlag ge-  
nommen.

Die einst so bedeutende Steindubrie in Netten ist wohl  
jurisdigegangen. Die Steinbrüche der bayerischen Granitklosterge-  
sellschaft sind größtenteils außer Betrieb; nur der sogenannte Stockinger-  
bruch wird ausgebeutet, aber auch nicht allzu rationell. Die Be-  
triebe Bergmeier, Steiniger, Hofmarkrichter, Seigl usw. haben  
gegen früher nur die Hälfte der Leistung erbracht. In den Netten  
und Umgebung ist die Dejmierung in der Steinindustrie noch  
größer; der einstmalige blühende Betrieb der Firma Zwölfer u. Bau-  
meister ist schon längst eingestellt. Einige Meister sind der Mei-  
nung, daß der Steinbrücheverband schuld an dieser Misere sei.  
Die Leute vergessen eben, daß sich im Pöschelgebirge, im Oden- und  
Schwarzwald sowie in der Gegend in Gießen in den letzten 20  
Jahren die Granitindustrie glänzend entwickelt hat, und daß da-  
durch die Steinindustrie in Niederbayern leiden muß. Desterreich  
führte 1898 einen Zoll auf Werkstücke ein; dadurch wurde es dann  
unmöglich, nach Budapest und Wien Lieferungen übernehmen zu  
können. Die Wäner sind in Niederbayern so schlecht, daß trotz der  
bestehenden Tarife abermals ein Teil der Steinmetzen abzumauern  
gezwungen war. Vor 20-25 Jahren wurden noch die komplizier-  
testen Werkstücke hergestellt, heute sind glatte Stufen- und  
Kantensteine die Hauptsache. Die jüngere Generation kann ja mit  
dem besten Willen in qualitativer Weise das nicht mehr leisten, als  
wie die Steinmetzen der vorigen Generation. Die reichprofilierten  
Arbeiten kommen eben nicht mehr vor.

An der miltärischen Lage sind auch die Unternehmer teilweise mit-  
schuldig. Sie haben es nicht verstanden, sich die technischen Neuerungen  
zurünge zu machen. Steinlagen, moderne Kran- und Transpor-  
tvorrichtungen kennt man im bayerischen Wald nicht. (Eine Aus-  
nahme soll ein Betrieb in Büchberg machen. D. Verf.) Man hat  
sich eben nur auf die menschliche Arbeitskraft, welche naturgemäß  
sehr billig ist, verlassen. In andern Gegenden Deutschlands ein-  
gerichtet sind; im bayerischen Wald blieb alles beim alten, ja die  
Steinbrüche sind heute zum Teil verödet. — Wenn nun die Arbeiter  
einen etwas höheren Lohn haben wollen, dann wird auf den schließ-  
lichen Stand der Industrie verzichtet. Darauf können unsere Kollegen  
doch nicht zeitlichen Rücksicht nehmen, jeder soziale Aufstieg muß  
ja damit unterbunden. Die Steinindustrie im bayerischen Wald  
hatte früher, soweit die qualitative Leistung in Frage kam,  
die Führung in Deutschland. Den Verdrängungsprozeß bewerkun-  
den leider die Unternehmer nicht, und so ging es nach und nach berg-  
ab. Hoffentlich gestaltet sich die Lage wieder zum Bessern.  
Wenn die Steinmetzen offen sein wollen, so müssen sie zu-  
geben, daß die Steinmetzen die Wäner wie früher nicht mehr leisten  
können. Wie kommt es denn, daß sich nach jener Gegend hin-  
stehenden Steinmetzen verorten? Die Leute müßten ja selber

# Beilage zum „Steinarbeiter“.

Nr. 28.

Sonnabend, den 11. Juli 1914.

18. Jahrgang.

## Militarismus und Volksbildung.

Wie es mit der vielgepriesenen „Zivilisation“ der europäischen Staaten in Wirklichkeit aussieht, das kann man erst dann in voller Größe ermessen, wenn man den Aufwand dieser Staaten für die sogenannte Kriegsbereitschaft den Ausgaben für Volksbildung gegenüberstellt. Eine solche statistische Parallele ergibt dann ohne weiteres, daß diese europäischen „Kulturstaaten“ im Grunde genommen sich immer noch auf der Stufe niedrigster Barbarei bewegen.

Definieren wir zunächst in leicht verständlicher Weise die Begriffe Militarismus und Volksbildung. Unter Militarismus verstehen wir die kriegsmäßige Ausbildung des Menschen im Waffengebrauch, um diese Waffen nicht etwa gegen wilde Tiere, sondern gegen feinesgleichen anzuwenden. Dieser militärische Drill ist also nichts weiter als eine Vorbereitung zur Massenvernichtung blühender Menschenleiber. Und die Erfahrung lehrt — und der neueste Balkankrieg beweist es wieder — daß die, die es verstehen, eine solche Raserei als das Menschenleben recht erfolgreich zu betreiben, als „ruhreiche Helden“ gefeiert werden. Dabei kommt es nicht darauf an, auf welche Weise diese Abschachtungen vor sich gehen. Der Kampf der Helden des Altertums, die Brust gegen Brust und von Angesicht gegen Angesicht kämpften, gehört eben heute ins Reich der Antike. In den heutigen „modernen“ Kriegen kommt es darauf an, möglichst viele Menschenleben zu vernichten. Das „Wie“ ist dabei nebensächlich. Ob es durch einen hinterlistigen Ueberfall, durch heimtückische Morden oder durch aus der Luft auf schlafende Heere ausgeführte Sprengmassen geschieht, oder ob man auf der Flucht befindliche Soldaten, die, um schneller laufen zu können, sich sogar ihrer Waffen entledigt haben, also völlig wehrlos sind, zu Tausenden hinterläßt niedermehlet — alles das ist gleich „heldenhaft“ und strategisch einfach, „bewundernswürdig“. Der Meuchelmord, der im gewöhnlichen Leben als einer der verabscheuenswürdigsten Verbrechen empfunden wird, wird im „modernen“ Völkerringen zur gigantischen heroischen Tat, und je umfangreicher eine solche Mechelei vor sich gegangen ist, und je mehr Menschenleben ihr zum Opfer gefallen sind, um so bewundernswürdiger und ruhmvoller wird die Tat des soldatischen Strategen, dem diese Massenabschlachtung von Menschenleben gelungen ist.

Das ist das Wesen des modernen Militarismus. Und was bedeutet nun Volksbildung? Die planmäßige, geistige Hebung der breiten Volksmassen durch Unterricht in allen Bildungsfächern, der, je ausgebreiteter und gründlicher er betrieben wird, den Abstand zwischen Tier und Mensch, zwischen Barbarei und Zivilisation immer mehr erweitert und alle Menschen nicht nur zu tüchtigen und intelligenten, sondern auch wahrhaft gebildeten und verebneten Lebewesen ermöglicht. Was ist der generelle Zweck der Volksbildung. Er ist wahrhaft erhaben und dient dem „Menschheitsfortschritt“. Der Militarismus aber und dessen fürchterliche Konsequenz, der Krieg, bedeutet nichts anderes als die Barbarei aller Zeiten, verschärft durch Heimtücke und Hinterlist. Kann es größere Extreme geben?

Und nun wollen wir uns die Summen vergegenwärtigen, die die „christlichen“ europäischen Staaten für Militarismus und für Volksbildung ausgeben. An den krassen Zahlenunterschieden soll ermessen werden, inwiefern denn eigentlich diese in falscher Anmaßung sich zivilisiert nennenden Staaten einen Anspruch auf eine solche Bezeichnung haben.

Die 17 namhaften christlich-europäischen Staaten geben in Friedenszeiten insgesamt jährlich 6232 Millionen für Militärausgaben aus. Wogegen nur in Friedenszeiten in Kriegsjahren würde sich die genannte Summe zu den dann erforderlichen Aufwänden nur wie ein lumpiges Bettelgeld ausnehmen.

Und was geben dieselben Staaten für wahre Kultur, für die so notwendige Volksbildung aus? Etwas über den vierten Teil dessen, was sie in Friedenszeiten für den Militarismus ausgeben, nämlich 1450 Millionen! Und diese verhältnismäßig winzige Summe kommt bei weitem nicht dem wahren Volksunterricht reiflich zugute! In dieser Summe sind noch enthalten die Aufwände für die Geistlichkeit, und die Mitglieder dieses Standes beziehen zum größten Teil recht ansehnliche Gehälter, manche von ihnen verfügen über Pfünden, um die sie ein Fürst beneiden möchte. Der Magaziner mußte seinerzeit allerdings nicht, wo er sein Haupt hinlegte, die heutigen Verklünder seiner erhabenen Lehre aber lassen es sich schon hier auf Erden gut sein und betrachten jedenfalls ihr irdisches gutes Leben auf Kosten der Allgemeinheit als himmlische Vorführung.

Und merkwürdig: Wenn man ins Einzelne geht, dann findet man, daß die „frommsten“ Staaten, in denen die kirchliche Orthodoxie noch unbeschnittene Triumphe feiert, am wenigsten für die Volksbildung ausgeben. Hier scheint das kriegerische Interesse die größte Oberhand zu haben und diese Tatsache bildet eine blutige Verfüllung auf das Donnerwort vom Sinai: „Du sollst nicht töten“.

Deutschland gibt für seinen Militarismus jährlich 1112 Millionen aus (die Marineausgaben sind dabei noch nicht eingerechnet), für Bildung des Volkes 372 Millionen, also dreimal mehr für Kriegs- als für Bildungszwecke. Oesterreich und Frankreich geben 3 1/2 mal soviel für den Militarismus aus als für die Volksbildung, das fromme Spanien aber hat 4, Belgien gleichfalls 4, Holland, England und Ungarn sogar 4 1/2 mal so viel Geld für militärische als für Bildungszwecke übrig. Und Italien, der Sitz des Nachfolgers Christi, braucht sogar für sein Militär 6 1/2 mal so viel als für Schulen, das barbarische orthodoxe Rußland aber beinahe 13 mal so viel für Kriegs- als für Bildungszwecke! Für letztere hat dieses Riesentier nur ganze 60 Millionen übrig. Für den Militarismus aber 768 Millionen! Und dieser Staat wird hierin gar noch von dem frommen Portugal übertrumpft: Diese kleine, neugeborene „Republik“ braucht für den Militarismus 49, für die Volksbildung aber gibt sie nur ganze 3 Millionen aus.

Das sind die europäischen Staaten, die so ungeheuer stolz auf ihre Kultur und Zivilisation sind. Für Krieg und Barbarei werfen sie jährlich Milliarden hinaus. Man sagt dabei „diplomatisch“, das geschieht um der „Erhaltung des Friedens“ willen. Im Grunde genommen aber sind es imperialistische Raubgierigkeiten, die nur den Nutznießern des Kapitalis-

mus Profite einbringen und den Geldbeutel der Panzerplattenpatrioten füllen. Die breiten Volksmassen aber sind gerade noch gut genug, für diese wahnstümmigen Rüstungen die Mittel aufzubringen und sich im Kriegesfälle für kapitalistische und imperialistische Gelüste die Knochen zu Brei schießen zu lassen.

Und die Volksbildung bleibt das Stiefkind der kapitalistischen Staaten. Wozu auch mehr Wissen! Das Volk würde vielleicht zu klug und tiefe sich dann nicht mehr so willig durch Steuern und Zölle schröpfen und als Kanonenfutter gebrauchen.

Die moderne Arbeiterbewegung strebt gegen Krieg und Volksverdrummung, sie tritt für den Völkertfrieden und die Hebung der Volksbildung ein. Leider ist ihr Einfluß heute noch zu gering, um einen entscheidenden Einfluß in dieser Richtung auszuüben. Streben wir deshalb wie immer für die Organisation, für Aufklärung und die Hebung der Volksbildung. Was der Staat nicht gutwillig gewährt, das verschaffe sich das Volk durch die genannten Faktoren. Diese harte Arbeit wird auch zuwege bringen, daß die heutige kapitalistische Weltordnung über den Haufen fällt und durch ein sozialistisches Gemeinwesen ersetzt wird!

Und mit dem Kapitalismus fällt dann auch der barbarische Militarismus. Dann erst ist auch die Bahn frei für wahre und umfassende Volksbildung. Nur der sozialistische Staat wird die Volksbildung an die erste Stelle setzen und damit den Aufstieg der Völker zu wahrer Kultur und edler Menschlichkeit ebnen!

## Wirtschaftliche Rundschau.

### Die Reichsbankleitung und unsere Großbanken.

Eine Besprechung des Reichsbankpräsidenten Hovenstein mit den Vertretern der Berliner Großbanken, am 18. Juni, hat von neuem die lebhaftesten Erörterungen über die Barreserven der Kreditbanken hervorgerufen. Anknüpfend will die Reichsbank diesmal nicht bloß, wie bei der ähnlichen Konferenz im Februar 1912, ziemlich unverbindliche Anregungen gegeben haben. Die erläuternden Ausführungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ in der folgenden Woche sehen vielmehr der erstrebten Reform zugleich einen bestimmten Termin: ein Uebergangszeitraum von zwei Jahren solle zur allgemeinen Auffüllung der Barreserven dienen, vom dritten Jahre ab soll die gewünschte durchschnittliche Liquidität mit 10 Prozent der gesamten fremden Gelder (Depositen und Kreditoren) dauernd erreicht sein. Zwar nicht im Sinne einer strengen unbedingten Vorschrift für jeden vorgängigen Zeitpunkt, wohl aber als Durchschnittsnorm der bald mehr flüssigen, bald mehr angespannten Zeitabschnitte.

Daß die Frage nicht willkürlich erzeugt und künstlich aufgehaucht ist, beweisen die ähnlichen jahrelangen Auseinandersetzungen in den Tageszeitungen wie in der Fachpresse in England, ferner die in der vorigen Rundschau geschilderten Verlegenheiten Auslands mit seinem überspannten Kreditaufbau. Die ganze moderne Bankentwicklung hat die Tendenz, die selbständige Haltung von Barreserven in den Kreisläufen der Produktion und des Handels zu vermindern. Eine gewisse, ganz beträchtliche Ersparnis von Zahlungsmitteln ist mit dieser Konzentration bei den Banken zweifellos verbunden; aber ebenso ist es richtig, daß aus der zentralen Konzentration eine gewisse Zahlungsbedürfnisse befriedigt werden müssen, die sich früher aus den zerstückelten Einzelstellen decken konnten, und daß bei einer Panik das allgemeine Kennen nach diesen wenigen zentralen Stellen sogar mit eigenartigen besonderen Gefahren verbunden ist. Die Barreservierhaltung kann nicht bis ins Unendliche fortgeführt werden. Umgekehrt sehen die Banken in jeder, nicht „verbunden angelegten“ Summe eine tote Last. Tritt, wie vor allem in Deutschland, eine unabhängige Wirtschaftsausdehnung mit einem überhäufenden Kreditbedarf der Produktion, des Warenhandels und der Spekulation hinzu, so wird nach dieser Richtung die Verankerung der Banken eine doppelte große. Die Barreserve, die technisch jederzeit sofort schlagfertige Zahlungsgrundlage (nach dem Reichsbankprogramm Barreserve der Banken selber und deren Giroguthaben bei der Reichsbank oder den andern, kleineren Notenbanken) wird verhältnismäßig immer schmaler; sie mag in ruhigen Zeiten noch immer genügen, aber sie weckt die schlimmsten Bedenken und Gefahren bei einer wirtschaftlichen oder politischen Panik und macht, wie 1911 angelehnt der plötzlichen Zurückziehung von einer halben Milliarde französischer Gelder, wohlberechnete Angriffe geradezu lebensgefährlich, die von einer breiteren Basis aus viel ruhiger ertragen werden könnten.

### Jahrelanger relativer Rückgang der Barreserven.

Nach dem Hansabundleiter Meyer, der 1888 bis 1906 selber im Direktorium der Bank für Handel und Industrie (Lambsdorfer Bank) saß, hat die Bardeckung bei allen deutschen Kreditbanken (mit mindestens einer Million Mark Kapital) im Jahre 1890 noch 15 Prozent betragen, während sie 1911 auf 7,15 Prozent gesunken war; bei den Berliner Banken hat sich das Verhältnis sogar von 28 Prozent im Jahre 1890 und 23 Prozent im Jahre 1893 auf 10 bis 11 Prozent Ende 1904 und knapp 7 1/2 Prozent Ende der beiden letzten Jahre verschlechtert. Das Verhältnis zwischen selber und heute mag sich darin ziemlich zutreffend widerspiegeln. Die wirkliche Deckung in der Gegenwart wird man jedoch noch ungünstiger beurteilen müssen, weil am Jahresende die Banken zur „Kaufkriterium“ ihrer Abschlußaufstellung vorübergehend Bargeld heranziehen und rasch realisierbare Werte zu Geld machen, die während des sonstigen Jahres wieder in ihre gewöhnliche Nicht-Geldform zurückfallen. Die Zweimonatsbilanzen, die der Reichsbankpräsident vor ein paar Jahren bei den acht Berliner Banken durchsetzte, drückten deshalb den Durchschnitt noch wesentlich herab, nämlich auf 4,7 Prozent sowohl für das Jahr 1912 wie für das Jahr 1913.

Unbestreitbar ist der Barbestand nicht der einzige, unbedingt ausschlaggebende und zuverlässige Maßstab der Liquidität. „Es kann“, bemerkt die „Frankfurter Zeitung“ in ihrer erfreulich unparteiischen Behandlung der Frage, während „unparteiische“ Berliner Blätter ganz abgesehen für die alte bequeme und einträgliche Bankpraxis eintreten, „es kann eine Bank mit niedrigem Barbestand sehr liquide sein, wenn sie um so größere Bestände in guten Wechseln, in Auslands-guthaben und Depositen (im Ausland zahlbare Wechsel), in erskafflichen in- und ausländischen Staatsfonds besitzt; und es kann eine Bank mit hohem Barbestand sehr illiquide sein, wenn ihre sonstigen Anlagen sehr illiquide sind.“ Aber die privaten Banken haben selber schon vor fast zwei Jahren auf dem Münchner Bankiertag ihre Ueberzeugung von der Notwendigkeit „einer Verbesserung der Kasienliquidität“ und dementsprechend Vermeidung einer „übermäßigen Ausdehnung der Kreditgewährung“ in einer einstimmig angenommenen Resolution deutlich zum Ausdruck gebracht. Die von der Reichsbankleitung vorgeschlagene Norm von 10 Prozent bleibt, wie erwähnt, noch erheblich unter den Sätzen, die die Banken noch vor 10 bis 15 Jahren allgemein gehalten und dann unter dem Ansturm der deutschen Wirtschaftserneuerung Schritt für Schritt weiter verfallen haben. Der Kreditbegeh der Unternehmern ist außerdem heute derart abgeflaut, daß den Banken die Rückkehr zur früheren Zielsetzung wesentlich erleichtert sein würde. Ferner hat das Konditionenkartell, bei dessen Zustandekommen die Reichsbank

hervorragend mitwirkte, die gegenseitige Konkurrenz gemildert und Er sah für das „Opfer“ der stärkeren Kasienhaltung mehr denn je in Aussicht gestellt. Die Reichsbank beruft sich auch darauf, und in der reichsbankfreundlichen Presse wird sogar darauf hingedeutet, daß im Reichstag eine starke Strömung für Schaffung eines Depositengesetzes mit wahrscheinlich viel weiter gehenden Pardeckungs-vorschriften vorhanden sei und im Notfalle an Stelle des freundlichen Zuredens seitens des Herrn Hovenstein in Wirksamkeit treten könne.

### Das Reformprogramm.

Einige Umwälzungen wird es allerdings bei unsern verpönten Großbanken geben, wenn die 10 Prozent der fremden Gelder (Depositen und Kreditoren) als Barreserven der Kreditbanken (Kasse und Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken) durchschnittlich verfügbar sein sollen. Die gleich der „Frankfurter Zeitung“ sehr ruhig abwägende „Vossische Zeitung“ bringt auf Grund der Zweimonatsbilanzen von Ende August 1913 bis Ende April 1914 folgende genauere Berechnung:

Durchschnitt 31. August 1913 bis 30. April 1914	Depo- siten in Mill. Mark.	Kredi- toren und Depositen in Mill. Mark.	Kasse und Giroguth. in Mill. Mark.	In der Zehntel- bar- bedung stehend also
Deutsche Bank . . . . .	1012,	1834,5	106,0	79,5
Disconto-Gesellschaft Schaaffhausen . . . . .	486,4	1035,2	49,1	54,4
Dresdener Bank . . . . .	368,1	972,7	41,7	56,6
Barmsbacher Bank . . . . .	218,9	636,5	35,3	28,3
Kommersb. u. Diskontobank . . . . .	60,2	259,8	10,3	15,8
National- u. Diskontobank . . . . .	142,2	322,2	14,8	17,6
Mitteldeutsche Kreditbank . . . . .	71,7	186,6	6,7	7,2
Zusammen	2820,9	5219,0	263,7	256,2

Vorläufig protestieren die Nichtbetroffenen noch erregt gegen diese Zumutung. Mit der Zeit wird man sich wahrscheinlich entschließen, die bittere Pille, wenn vielleicht auch abgeschwächt und mit Gegenleistungen überzuckert, zu schlucken. Politische Erwägungen spielen dabei mit, und die Zusammenhänge unzer Großbanken mit der Politik sind so eng, daß sie sich ihnen schwer entziehen können.

## Aus dem Fichtelgebirge.

Schon einige Wochen sind verfloßen, seitdem unsere Aussperrung im Fichtelgebirge beendet ist. Wir wissen genau, daß bei der Lohnbewegung und eventuellen Aussperrung nicht alle Wünsche nach der Meinung der Kollegen durchzuführen sind. Es muß von beiden Parteien zugestanden werden, daß unser diesmaliges Kampfen und Ringen ein äußerst scharfes war. Hauptächlich für uns war dieser Kampf um so bedeutender und ernstlicher, weil es die Herren Unternehmer auf eine Aussperrung ankommen ließen. Wir wissen nicht und wollen auch nicht behaupten, daß die Fichte künstlich erzeugt wurde. Aber auch dieses wurde überwunden und mit voller Kampfwilligkeit der Aussperrung entgegengekehrt.

Bedeutend war, daß in einem Betriebe dem Unternehmer der Rücken gestiftet wurde dadurch, weil sich eine Anzahl Arbeitswillige fanden, die ihren eigenen Mitarbeitern, die um eine Besserstellung ihrer Lebenslage suchten, den Kampf erschwerten. Aber trotzdem wurde unser Tarifabschluß, wenn auch nicht mit großer Erfolge, so doch auch mit keiner Niederlage beendet.

Ich weiß, daß sich jetzt eine Kritik hauptsächlich über die 14-tägige Lohnzahlung bemerkbar macht; auch betrifft der Ueberzahlung durch eine 8-tägige Vorzahlung ausgleichlichen wird. Immerhin sind noch einige Schwierigkeiten zu überwinden.

Des weiteren machte sich bemerkbar, daß einige Kollegen nicht mehr dort eingestellt wurden, wo sie früher schafften. Hier muß Remede geschaffen werden. Die sich bis jetzt bemerkbar machende Mitleidmitleid mit einem kleinen Teil der Kollegen muß verschwinden. Eine Herabsetzung darf nicht zustande kommen, denn dies würde nur die Macht der Unternehmer stärken. Wir müssen Hand in Hand arbeiten und lassen uns den erzielten Erfolg nicht verfeinern. Die einzelnen Kritiken werden wiederum verschwinden, dessen bin ich sicher, wenn sich die Kollegen den Gang der Aussperrung richtig vor Augen halten. Wir werden und müssen einig sein. M. Z.

## Die Keramiker wollen ihren begangenen Streikbruch beschönigen.

Den christlichen Machern ist es sehr unangenehm, daß wir ihren Streik in Hagenberg in so ungeschminkter Weise der Öffentlichkeit unterbreitet haben. Während des Streiks, der etwa neun Wochen dauerte, schafften in Hagenberg die Christlichen ruhig weiter; sie begingen Streikbruch in der elegantesten Form. Und wie wollen nun die Christen ihr feines Verhalten rechtfertigen? Die „Keramarbeiterzeitung“ gibt indirekt den Streikbruch selbst zu: man muß nur zwischen den Zeilen zu lesen verstehen. Jenes Blättchen, das mit der Wahrheit ständig auf dem Kriegsfuß steht, freiheit in der Nummer 26:

Die Mitglieder des Christlichen Verbandes in Hagenberg haben sich bei Ausbruch des Kampfes genau so an demselben beteiligt (!), wie in den anderen Orten. Es kam aber eine Beschönigung (!) mit den Arbeitgebern zustande, wobei sofort eine befriedigende Lohnhöhung in Form eines Fortzahlungslages zustande kam. . . . Damit war für die Christlichen in Hagenberg die Sache erledigt und sie nahmen die Arbeit wieder auf. Von dem Abschluß eines Sondertarifs wurde aus triftigen Gründen abgesehen, dagegen mündlich vereinbart, daß dieser Ortszuschlag beim Zustandekommen eines Bezirkstarifs in diesen aufgenommen werden soll.

Das hier die Christen schreiben, ist direkt unwahr. Es sei konstatiert, daß sie in Hagenberg nur einen Tag die Arbeit niederlegten. Sie geben nun selber zu, mit den Unternehmern nur mündliche Abmachungen getroffen zu haben, das heißt:

die Christen schrieben sich zu, daß sie nach Beendigung des Streiks, den die „Koten“ auszuweichen hatten, dasselbe erreichen würden.

Noch schäbiger hat sich wohl kein Verband bewiesen, als wie in diesem Falle die Christen. Ja, es mag den christlichen Führern, die meist recht unfähige Leute sind, schon unangenehm gewesen sein, daß Kommerzienrat K e r b e r nur und bündig in Passau erklärte, mit den Christlichen sei überhaupt nichts abgemacht. Herr K e r b e r konnte sich nicht rechtfertigen, und auch in der „Keramarbeiterzeitung“ wird eine solche Rechtfertigung nicht verübt. Das ist ja eine sonderbare Methode, daß man zuhört, wie der Steinarbeiterverband den Kampf führt zur Erzielung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse, daß wochenlang gestreikt wird, die Christlichen halten sich im Hintergrund, machen Streikbrecherarbeit und laden dann zum Streik die Erfolge, welche durch den freien Verband erreicht werden, schmunzelnd mit ein. Den christlichen Agitatoren wird der begangene Streikbruch im Ganzen bald noch lange um die Ohren klagen. Wir sind begierig, was nun der christliche Führer K e r b e r m. der seinerzeit wegen verleumdeter Arbeitslosigkeit zu einer hohen Geldstrafe verurteilt wurde, zu dieser eigenartigen Affäre sagen wird.







# Korrespondenzen.

für die eine einmalige Ordnungstrafe in Höhe von 20 M. festgesetzt. Die Strafe ist unverzüglich an die Kasse unserer Innung zu zahlen. Gleichzeitig wird Ihnen hiermit angeordnet, bei Verweigerung weiterer Ordnungstrafen nunmehr, und zwar bis spätestens morgen abends 6 Uhr, den erlassenen Vorschriften und Beschlüssen Folge zu leisten.

In Dessau wurden einem Unternehmer 300 M. Konventionalstrafe angedroht, wenn er einen Gehilfen nicht ausperre. Er mußte hierauf ausperren, trotzdem er nicht einmal den schuldigen Lohn zahlen konnte.

In Charlottenburg drohten die Malermeister der Stadtverwaltung, ihre Ehrenämter niederzulegen, wenn Gemeinbearbeiter an Unorganisierte vergeben würden.

Der Redakteur einer Fachzeitschrift wurde gezwungen, seinen Posten niederzulegen, weil er einen andern Unternehmerorganisation als dem Arbeitgeberverband angehört und weil er nicht mit ausperre. — In Rheinland und Westfalen müssen die Fachzeitschriften unter dem Druck des fortwährenden Boykotts feste Jahresbeiträge an den Arbeitgeberverband und damit auch indirekt in die mit diesem eng verbundenen und gemeinsam verwalteten Zwangsinnungen zahlen. Es wird ganz ungeniert schon seit Jahren eine schwarze Liste solcher Sündler geführt, die sich nicht tributpflichtig machen lassen wollen.

Auch die Innungsorganisations wurden gemißbraucht als Kampfmittel gegen die Meister, welche dem Innungsterror zu trotzen wagten. Wer seine Gehilfen nicht bei der Krankenkasse abmeldete, dem wurden „schwarze Maßnahmen“ angedroht. So mancher Arbeitgeber ist durch den von den Innungen betriebenen Terrorismus schwer geschädigt, ja ruiniert worden.

Auf Beschwerden, die gegen das Treiben der Innungen bei den Aufsichtsbehörden eingereicht wurden, ergingen die widerprechendsten Bescheide. Während einige Behörden das Vorgehen der Innungen als ungeheuerlich erklärten, hatten andre nichts dagegen einzuwenden.

Am 16. April 1913 mußte selbst Handelsminister v. Sydow im preussischen Abgeordnetenhaus unter Berufung auf § 41 der Gewerbeordnung das Vorgehen der Zwangsinnungen für ungeheuerlich erklären. Aber die Meister der ungeheuerlichen Innungsmaßnahmen wurden nicht nur nicht zur Verantwortung gezogen wie Hunderte von Arbeitern wegen viel geringfügiger Vergehen, sondern sie piffen auch auf die Entscheidung der Behörden und auf die Erklärung des Herrn v. Sydow. So sieht es in dem offiziellen Organ der in Betracht kommenden Malermeister:

„Wenn die Aufsichtsbehörden in einzelnen Städten auch alles daran setzen, die Beschlüsse der Zwangsinnungen aufzuheben, so nach die Mitglieder bei 20 M. gehalten sind, die organisierten Gehilfen zu entlassen, so haben sich unsere Obermeister der Zwangsinnung hierdurch nicht verblüffen lassen, sondern die Beschlüsse sind noch allenthalben in Kraft.“

Und die Düsseldorfser Zwangsinnung u. a. beschloß trotz der Erklärung des Ministers:

„Die Innungsversammlung hält an dem Beschluß vom 10. März ausdrücklich fest und erweitert ihn dahin, daß auch das Unterzeichnen der Sondertarife gegen die Steuerbescheide verboten und von der Innung verboten wird. Für die Unterzeichnung dieses Beschlusses wird die statutenmäßige Strafe von 20 M. festgesetzt.“

Meistens sind diese Strafen tatsächlich eingetrieben worden.

Die terroristischen Maßnahmen der Malerinnungen, die mit den Arbeitgeberverbänden, diesen ausgeprochenen Kampfsorganisations, Hand in Hand gingen, sind feinerzeit öffentlich gekennzeichnet worden, aber kein Staatsanwalt fand sich, der die Leute zur Verantwortung gezogen hätte, welche, um eine geschlossene Kampffront gegen die Arbeiter zu formieren, selbst vor Ungeheuerlichkeiten nicht zurückschreckten. Inbes: „Wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe.“ Solange dieser Grundsatz gilt, bestraft man Arbeiter, welche einen Streikbrecher schief ansehen, und läßt Unternehmer laufen, welche die Lukenleiter ihrer Klasse in schärfster und noch dazu ungeheuerlicher Weise terrorisieren.

## Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Folgende Zahlstellen haben bis Redaktionsschluss (Dienstagabend) die Quartalsabrechnungen eingesandt und neues Markenmaterial erhalten: Aisa, Haffersloh, Striegau, Pirna, Leipzig II, Sommer, Strehlen, Mayen, Würzen, Beerwaldermühle, Rölln I, Häßlich in Schlefien, Rönners, Ohsch, Schwerin, Wiesbaden, Hannover, Kupferdreh, Steinach, Mannheim, Untergruppenbach, Mühlster, Königsutter, Einbeck, Krefeld, Sangerhausen, Kottenheim, Bunszlau und Albed.

über Schulden machen. Die Unternehmer brauchen sich gar nicht zu wundern, wenn die Abwanderung der Arbeiter eine immer größere wird. Unsere Kollegen fragen sich mit Recht, wenn wir in der Fremde sind, dann können wir uns zum mindesten in der anständigsten Weise ernähren, aber in der heimatischen Steinindustrie müssen sich die Kollegen direkt mit Ach und Krach durchkämpfen. Die Wirte in der Meitener Gegend klagen ja auch und besonders, daß der Steinmeh nichts mehr verzeihen kann, der Wert sinkt stetig zu schief. Die Beschäftigten müssen die alten Zeiten wieder herbei. Dabei will ich ohne weiteres zugeben, daß die Lage der kleinen Unternehmer ebenfalls keine rosige ist. Im unteren Bayrischen Wald mögen die Beschäfte noch etwas besser gehen, denn es kann ein bestimmtes Quantum Pflastersteine sollfrei nach Oesterreich eingeführt werden, weil nämlich die Kontingentierung besteht. Würde jenes Land aber einen Zoll einführen, dann adieu Pflastersteinindustrie.

Früher hatten wir in Meiten eine vorzüglich geleitete Steinmehschule; die Schüler strömten aus der weiten Umgebung scharenweise herbei; heute ist davon nichts mehr zu sehen. Die vorzüglichste Robelle, welche im Schulhaus untergebracht sind, zeigen höchstens nur, auf welcher Höhe früher die Steinindustrie stand. Als ich die Straßen meines lieben Heimatortes durchkrochte, fiel mir auf Schritt und Tritt auf, daß in wirtschaftlicher Beziehung kein Fortschritt, sondern ein großer Rückschlag zu verzeichnen ist. Der Ort ist sozusagen in die köstliche Ruhe versunken und da das Kloster immer neue Anknüpfungen macht, so kann von einem wirtschaftlichen Auftrieb der Ortschaft auch in Zukunft kaum gesprochen werden.

Da sich ja aus Meiten und Umgebung wohl an die 200 Steinarbeiter in der Fremde befinden, sei nebenbei eingeschaltet, daß am 30. Juni Herr Posthalter Bang unter großer Anteilnahme der Bevölkerung, welcher stets für die Arbeiterbewegung einige Sammlungen übrig hatte, begraben wurde. Er genoß unter der Bevölkerung großes Ansehen. Der Altbürgermeister Herr Karl Kufner starb am 24. Juni unter großer Beteiligung der Gemeindeglieder sein 50jähriges Jubiläum. Auch Kufner zählt zu denen, von denen die Steinarbeiter nur mit größter Hochachtung sprechen. Der Familienname Kufner ist unter den Meitener Steinarbeitern übrigens sehr häufig vertreten.)

Daß sich der Zement selbst dort schon recht breit macht, wo eine Steinindustrie vorhanden ist, konnte ich in Deggendorf handgreiflich bemerken. Es ging über die Donaubrücke zu dem Zweck, um die Strombreite zu ermitteln. Diese mag ca. 220 Meter betragen. Die Brücke wurde in den letzten Jahren des vorigen Jahrhunderts hergestellt, die Pfeiler sind vollständig aus Granit. Enorme Steinquanten waren somit notwendig. Die Meitener Brecher und Steinmehgen hatten damals bessere Zeiten. In der Nähe der Brücke befindet sich eine Unterführung der

Karlsruhe (Baden). In dem Betrieb Martin Peter kam ein schwerer Unfall vor. Der Betrieb ist großartig eingerichtet; es schaffen an die 20 Kollegen hier. Was die Bundesratsverordnung vorschreibt wird allerdings nicht eingehalten, und so war es auch diesmal wieder der Fall mit unserm Kollegen Johann Vipp, geboren am 12. Dezember 1872 zu Offenburg, eingetreten am 1. April 1908 in Meiten. Er half nach Feierabend noch mit, als ein Stein von der Säge auf den Arbeitsplatz transportiert werden sollte. Pflötzlich brach der Stein und unser Kollege kam unter denselben zu liegen, so daß man ihn mit Winde und Hebeisen erst befreien mußte. Einige Stunden später verstarb er. Er hinterläßt eine Frau und fünf kleine Kinder.

Cottentheim. Am 27. Juni fand im Lokale B. Siebenbach eine gut besuchte Versammlung statt. Als Referent war Kollege Braun aus Mayen erschienen. Er erstattete Bericht über den Verbandstag in Dresden. In der Diskussion konnte man deutlich vernehmen, daß nicht alle Kollegen mit der Erwerbslosenunterstützung einverstanden waren. Kollege Braun verteidigte aber diese Unterstützung und überzeugte die Kollegen, daß sie auch für das hiesige Gebiet zweckmäßig ist; haben doch schon im vorigen Winter die Unternehmer Verleschungen eingeleitet.

Hemshaus (Vergrüßte). Am 22. Juni fand im Lokal Bahnhof-Hemshaus eine außerordentliche Steinarbeiterversammlung statt. Kollege Grothmann gab verschiedene Einladungen der umliegenden Orte zu ihren Gewerkschaftsfesten bekannt. Beschlissen wurde, sich am Sonntag, den 12. Juli, an dem in Heppenheim stattfindenden Fest zu beteiligen. Abfahrt ab Hemshaus Bahnhof 12 Uhr 18 Min. mittags. Auch an der Standard-Weiche des Kraft- und Kräfteflusses Hemshaus (Mitglied des Arbeiter-Vereinsbundes), die am 28. Juli stattfindet, beteiligt sich unsere Zahlstelle. Daraus resultierte Kollegen Weidenhammer über die Leistungen des Steinarbeiterverbandes und unser neues Statut. In glatter Weise widerlegte er die Ausführungen einzelner Kollegen, die glauben, keinen Nutzen von Verbänden zu haben. In unserer Zahlstelle sind seit Einführung der Krankenunterstützung an die hiesigen Kollegen allein 1407 M. bezahlt worden, an Streikunterstützung 5888,21 M., an sonstigen Unterstützungen 50 M., zusammen 7145,21 M. Dies ist eine Leistung, die beweist, daß der Steinarbeiter auf hoher Stufe steht. Weiter ging er auf die Erwerbslosenunterstützung ein, die von einer großen Anzahl Kollegen schwer beklammert wird. Im Prinzip sind die Kollegen zwar dafür, aber die Beitragserhöhung will ihnen nicht in den Kopf. Dann setzte der Referent die einzelnen Paragraphen auseinander und ersucht, sich doch endlich zu entscheiden zu geben. Geändert könne doch nichts mehr werden, zumal vier Fünftel der Delegierten in Dresden für die Einführung waren. In der Diskussion gab es noch verschiedene Auseinandersetzungen.

Hornberg. Am 6. Juli hielten die Pflastersteinarbeiter von Hornberg im Gasthaus zum Lammstüber ihre Quartalsversammlung ab. Zu Punkt 1 verlas der Kassierer Hermann die Quartalsabrechnung, welche von den Kassieren für richtig befähigt wurde, worauf demselben Entlassung erteilt wurde. Unser Verleschendes wurde sehr heftig kritisiert über das Verhalten unserer früheren Vorstände, welcher von hier abgereist ist. Wir werden hier alles aufbieten, um die Zahlstelle innerlich zu so festigen. Einigkeit ist notwendig, wenn das Werk gedeihen soll. In erster Linie muß ein guter Besammlungsbesuch eintreten. Kein Kollege darf die Versammlung schwächen.

Kupferdreh. In unserm am 28. Juni beim Wirt Bremer in Niederbrunnfeld tagenden Versammlung wurde die Neuwahl des Vorstandes vorgenommen. Es wurden gewählt als Vorsitzender: Joh. Rabemacher, als Kassierer: Anton Komp, als Schriftführer: Joseph Sondermann und als Kassierer: Marlein und Doll. Hierauf erfolgte eine lebhafte Debatte. Kollege Gouverne wurde als Delegierter nach Bochum gewählt mit dem Auftrage, für Scharrierarbeiten am Bau 90 Pfg. die Stunde zu beantragen und nach Kräfte- und Arbeitsverhältnissen, Zweck Agitation, einigen sich die Kollegen, das Gewerkschaftsfest in Welsert mitzumachen. Vom Kollege Komp auf eine Anzahl interessanter Bücher aufmerksam gemacht, verpflichteten sich die Kollegen, die Gewerkschaftsbibliothek besser zu benutzen.

Sangerhausen. Am 28. Juni tagte im Oberen Felsenkeller eine außerordentliche Versammlung. Beim Punkte Beitragserhöhung waren die Kollegen der Meinung, den Beitrag so zu lassen, wie bisher. Kollege Stigitz stellte den Antrag, den Beitrag auf 80 Pfg. zu belassen, der auch einstimmig angenommen wurde. Gausleiter Johann war zum erstenmal in unser Zahlstelle anwesend. Er gab den Bericht vom Verbandstag, der von den Kollegen mit Spannung aufgenommen wurde. Die Kollegen waren mit den Ausführungen des Gausleiters sehr zufrieden. Aus der Diskussion ergab sich, daß die Verschmelzungsfrage auf dem nächsten Verbandstage wiederum behandelt werden muß. Im Punkte Verleschendes wurde eine Sache zur Annahme gebracht, die wohl jeden Kollegen interessieren wird. Kollege Bernstein hatte mit dem Kollegen Ulrich eine Arbeit in Kunststein übernommen. Beide arbeiteten zusammen. Wie nun die Arbeit fertig war, holte Bernstein das Geld von der Firma, um

neuen Eisenbahnlinie nach Hengersberg, dazu wurde schon Zement verwendet. Da kann man so recht drastisch beobachten, wie der Zement dem Naturstein das Feld streitig macht. In Deggendorf auf dem Marktplatz befindet sich ein Brunnen, dieser kann erst einige Jahre dort stehen. Zur Einrahmung hat man noch guttätig Granit verwendet, der bildnerische Schmuck ist aus Mischelkalk hergestellt. Als ich noch Lehrling war, und das ist 24 Jahre her, hat man in Altbayern vom Mischelkalk wahrhaftig noch nichts gewußt. So ändern sich die Zeiten.

Dann noch einige Bemerkungen allgemeiner Art. Der Bayerische Wald hat sehr viele Naturschönheiten. Die Städte Lomalen immer mehr dahinter, auch aus Norddeutschland ist schon Zugang zu verzeichnen, jene Gegend zu besuchen. Den schimpflichsten Herren „Breitling“ (Prußen) würde da unten sicherlich sehr gefallen. Die Bevölkerung ist recht arbeitssam und von vielerlei grundehehrlicher Gesinnung. Der Lebermut der Bauernburschen hat gegen früher auch dort nachgelassen, aber auf sie ist mir, daß die Männer ohne das lange Messer nicht ansich zu kommen pflegen. Wir leben doch wahrhaftig nicht in Albanien! Die nationale Jugendbewegung ist dort unten auch schon stark in die Salme gekommen, denn ich sah Kolonne um Kolonne von der Wehrkraftabteilung anmarschieren. Die eine Abteilung war sogar von einem Geistlichen geführt. In einem Restaurant am Bahnhof machte diese Abteilung halt. Der Wehrmeister bestellte für jeden Jungen eine „Salbe“, aber schmupp war das gute Gedröck vertilgt. Ich bekam Respekt vor der Leistungsfähigkeit dieser Jungmannschaft. Diese Wehrkraftabteilungen geben für die Zukunft dann die eifrigsten Zentrumsanhänger ab. Gegen diese Behauptung wird man natürlich polemisieren, aber wahr bleibt sie deshalb doch.

Die freien Gewerkschaften haben im Bayerischen Wald einen guten Stützpunkt, trotz des großen Einflusses der Geistlichen. In der Steinindustrie dominiert der Steinarbeiterverband, nur da und dort laugt der christliche Keramarbeiterverband mit einigen Mitgliedern auf. Durch sein arbeitserhebendes Verhalten bei der letzten Lohnbewegung in Sangerhausen hat er sich volends um den Rest seines bisherigen Ansehens gebracht. Den Vorgesetzten der Zenträmter kann man verstehen, wenn sie nicht einmal in solchen Gegenden mit ihrer Gewerkschaft Einfluss gewinnen können. Wir haben Arbeiter in Cham, Deggendorf, Halbmeile, Wilschhofen, Meiten und Passau. Aber alles dies kann den Zentrumsgelehrten nichts nützen. Die Arbeiter wollen von ihnen nichts wissen.

Auf der Heimfahrt fuhr ich über Straubing nach Nürnberg; in letzter Stadt hatte ich noch eine Versammlung abzuhalten. Die Straubinger Gegend ist wegen ihrer großen Fruchtbarkeit weit über Bayerns Grenzen hinaus bekannt. Der Bezirk wird auch als „Gänboden“ bezeichnet. Weizen und Gerste standen vorzüglich, und was mir während der Fahrt besonders auffiel war, daß sich

es zu teilen. Bernstein aber betrog Ulrich um 110 M. Das Betragen gegen Bernstein ist eingeleitet.

Mittelburg. Am 21. Juni tagte in Pittschfelds Gasthaus in Wünschelburg eine Disziplinarversammlung des Gewerbebezirks. Im 1. Punkte der Tagesordnung erstattete Kollege Leberecht Bericht vom Verbandstag und gab den Verlauf des Beschlusses in kurzen Umrissen bekannt. In der sich über den Bericht entzündenden Debatte wurde zugegeben, daß der Steinarbeiterverband um die Einführung der Erwerbslosenunterstützung nicht herum könne, daß aber, wenn die Erwerbslosenunterstützung für die Kollegen von Nutzen sein soll, dieselbe noch mehr ausgebaut werden müsse. Besonders wurde die Einführung der vollen Beiträge kritisiert und der Beschlüsse Ausdruck gegeben, daß der Verband dadurch einen Verlust an Mitgliedern erleiden werde. Im 2. Punkte gab Kollege Leberecht einen Überblick über unsere verfloffene Auspersung. In derselben waren beteiligt 181 Kollegen mit 197 Kindern. Davon waren abgereist 83 Kollegen, so daß am Schluß noch 98 Kollegen beteiligt waren. Diese hatten einen Verlust von 4212 Arbeitstagen. Die Einbuße an Verdienst betrug rund 24 000 Mark. An Unterstützung wurden ausbezahlt 11 852,61 Mark, Porto und Einnahmen mit inbegriffen. Dann wurde Kollege Karl Günther als stellvertretender Obmann gewählt. Im Punkte Verleschendes wurden die Mißstände auf Platz Riegel kritisiert. Trotzdem kein Platz in den Arbeitsbüden vorhanden ist, werden doch fortwährend Leute eingestellt, so daß der dritte Teil im Freien arbeiten muß. Es soll nur eine neue Arbeitsstube gebaut werden. Auch werden bei der jetzt herrschenden trotenden Witterung die Arbeitsplätze nicht geprengt. Hoffentlich hat der erst vor kurzem anwesende Gewerbeinspektor die Firma darauf aufmerksam gemacht, daß sie die Mißstände zu beseitigen hat. Auch wäre es besser, wenn sich der Betrieb beschäftigende Gewerbeinspektor mehr an die Arbeiter wendete und da Erfindungen einlege, ob Mißstände vorhanden und welcher Art dieselben sind. In Zukunft sollen sich die Delegierten vor oder nach der Delegiertenversammlung 1 bis 2 Stunden mit tariflichen Angelegenheiten befassen. Es kommt öfter vor, daß sich die Kollegen der einzelnen Zahlstellen bei Tarifstreitigkeiten über die Berechnung des Streikobjekts nicht klar sind. Um diesem abzuwehren, sollen eben die Delegierten, die vom ganzen Bezirk zusammenkommen, ihre Meinungen austauschen, um ein einheitliches Rechnen zu ermöglichen. Ferner wurde den Kollegen ans Herz gelegt, ihre Stille stets nachzugehen, denn die Art, wie manche Poliere den Tarif auslegen, läßt die Vermutung aufkommen, daß sie den 2 Prozent, die uns von den Unternehmern bewilligt wurden, auf der andern Seite wieder genommen werden sollen. Die Kollegen müssen daraus lernen. Wenn sie stets auf dem Posten sind, wird es auch den Unternehmern schwer fallen, den Tarif zu umgehen.

Pirna. In dem Granitwerk von Auerswald in Röhmen (Guhaber: F. Schilling) scheinen sich recht sonderbare Verhältnisse herauszubilden. Herr Schilling hat in der letzten Zeit Steinmeh eingeleitet, wiewohl die dort beschäftigten Kollegen Stundenlang auf Entlassung warten müssen. Die neuereingestellten Kollegen haben unter diesen Umständen auf das Arbeitsverhältnis verzichtet. Das Herr Schilling mit diesen Neueinstellungen bezwecken will, ist klar. Er will einen Teil unliebsamer Leute aus dem Betriebe entfernen. Weil nun ein Grund zum Neueinstellen absolut nicht vorliegt, gewinnt es den Anschein, als wenn die Firma schon jetzt für Ersatz sorgen will, um später ihre Maßnahmen leichter treffen zu können. Wer diese unliebsamen Kollegen sind, welche der Firma nicht gefallen, können wir uns schon denken. Jedenfalls sind es nur diejenigen, welche das Verbrechen begingen, die Interessen ihrer Kollegen wahrzunehmen. Wenn auch Herr Schilling oftmals erklärt hat, daß er Kollegen der Rohnkommision oder des Arbeiterausschusses wegen ihrer Tätigkeit niemals entlassen wird, so glauben wir das schon lange nicht mehr, weil uns eben die Erfahrung eines andern belehrt hat. Es sind nun seit dem letzten Streik einige Monate in Ruhe vergangen; das scheint der Firma nicht zu behagen und das Kriegsbell muß wieder ausgedrückt werden. Dadurch wird Herr Schilling nur das Gegenteil von dem erreichen, was er erreichen will. Daß die Organisationsverhältnisse unter seinen Arbeitern gute sind, hat ihm ja der letzte Streik bewiesen und wir sehen der Sache in Ruhe entgegen. — Die reisenden Kollegen erlauben wir, von vorkommendem Notiz zu nehmen.

Wilschhofen (Sax). Unsere Lohnbewegung ist beendet. Die Verhandlungen waren recht schwierig, weil die Firma kein Entgegenkommen zeigen wollte. Aber die Kollegen ließen nicht locker; wir hielten immer von neuem an, damit unsere gerechten Forderungen durchgebrückt werden könnten. Wenn wir auch nicht alles erreichten, so war es doch möglich, einen schönen Teilerfolg zu erzielen. Die Bewegung hat uns gezeigt, daß die Schlagfertigkeit der Zahlstelle noch bedeutend gehoben werden muß. Dieses kann auch erreicht werden durch eine geschickt betriebene Hausagitation, welche jetzt unbedingt einlegen muß. Vor einigen Jahren haben wir durch den Terrorismus eine Schlappe erlitten, diese ist beinahe völlig ausgemerzt, aber wir wissen, daß nur durch unermüdliches vässiges Arbeiten in der Kleinagitation dauernde Erfolge zu erzielen sind. Der Erfolg der Lohnbewegung hat uns wiederum gezeigt, wie notwendig der Verband für die Steinarbeiter ist.

die Bauernburschen in recht guter Ordnung befinden. An den vielen Neubauten kann man erkennen, daß es dem Bauernstand nicht so unglücklich geht, als wie es so häufig hingestellt wird. Auf der Station Straubing steigen viele Bauernburschen und „Diarnbis“ ein. Es war dort Pettimarkt. Als der Zug schon in Bewegung war, stürzen noch drei seltsame Maids an den Perron, und die hämmigen zwei Aufsichtsbewachen haben Mühe und Not, um den schnellig aussehenden Bauernburschen das Einsteigen in den Zug zu verhindern. Die Jurkidegelebenen „drahten“ nun recht schlecht auf. Man steht, die Leute haben dort a Schmeiß. Die Weiberleute, wie man im Bayerischen zu sagen pflegt, sind recht neumodisch gekleidet. Es wird viel Samt und Seide getragen, begehren viel „Gefährte“. Die Mäde kann man der Kleidung nach mühelos von den Bauernburschen unterscheiden. Gegenüber früher ist der Bauernstand sicherlich wohlhabender geworden.

Der Zug raste nun der Oberpfalz zu. Ich betrachtete mit einer gewissen Besmut, gleich am Abschied, die Vorberge des Bayerischen Waldes, die mir so wohlbekannt sind. Die Donau, Deutschlands mächtigster Strom, kommt in Seemette, die großen Kaskadenanlagen in Regensburg zeigen, daß die Stadt einen großen kommerziellen Aufschwung nimmt. Die Strecke Regensburg-Nürnberg ist schnell zurückgelegt. Nürnberg ist die erste Industriestadt Bayerns. Und wie hat sich diese Industriemetropole in den letzten 20 Jahren verändert. Die Industrie brachte es mit sich, daß immer neues Gelände zum Bau von Fabrikanlagen aufgeschloffen wurde. Dergleichen haben auch einige weitblickende Kommunalpolitiker eine Gartenstadt entstehen lassen, daß man barn nur seine Freude haben kann. Ich besuchte einige alte Gebäude, an denen sehr viel Steinmeharbeiten verwandt wurden. Zurzeit wird die Lorenzstraße einer Restauration unterzogen. Auch der Baugewerkschule, der ich vor 20 Jahren als Schüler angehört, hatte ich einen Besuch ab. Sofort fallen mir die Betonkonstruktionen ins Auge. Hier kann man somit theoretisch die Veränderung der Baumeister studieren. Unter den Versammlungsbesuchern der Nürnberger Zahlstelle bemerkte ich zu meiner Freude einen großen Teil alter Freunde. Allerdings wird auch in Nürnberg gesagt, daß sich Zement und Kunststein recht breit machen. (Mit Lage vordem fand in München Versammlung statt, dort stellte sich für die Steinmehgen dieses Uebel allerdings noch größer heraus.) Wer mit den geologischen Verhältnissen in Bayern vertraut ist, kann nur lebhaft bedauern, daß die reichhaltigen Gesteine keine bessere Verwendung finden. Wenn vorstehende Felsen geschrieben wurden, so deshalb, weil beinahe in allen Steinbruchdistrikten Deutschlands Steinmehgen aus dem Bayerischen Wald anzutreffen sind, und so kann es nichts schaden, wenn über meine gewonnenen Eindrücke eine kurze Skizzierung im Verbandsorgan erfolgt.

# Rundschau.

Die Abrechnung über das 1. Quartal ist in dieser Nummer veröffentlicht. Daraus ergibt sich, daß in den Monaten Januar, Februar und März allein für die diversen Unterhaltungsarbeiten die Summe von 205 612,95 M. ausgegeben wurde. Durch die enormen Streifenausgaben ist für das erste Quartal ein Defizit eingetreten, indem die Ausgaben höher sind als die Einnahmen. Aber diese Erscheinung ist dadurch begründet, daß im 1. und 2. Quartal die Kämpfe zu führen sind. Der Abschluß zeigt uns, daß trotz der gewaltigen Kämpfe, welche wir heuer zu bestehen hatten, der Verband seinen finanziellen Verpflichtungen in der glänzendsten Weise nachzukommen konnte. Es standen zeitweise über 3000 Kollegen im Streit, respektive war ein großer Teil davon ausgegliedert.

**Friedhofsdordnungen in Bayern.** Auf Vorstellung der Vereinigung der Steinmetz- und Bildhauer-Geschäfte der Grabsteinbranche Münchens hatte Oberbürgermeister Dr. Gehler, München, der Vereinigung eine Zusammenkunft mit der städtischen Friedhofskommission in Aussicht gestellt, um durch gegenseitige Aussprache die das Steinmetzgewerbe so sehr schädigenden scharfen Bestimmungen der Friedhofsdordnungen zu mildern. Diese Zusammenkunft fand unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters am 4. Juni in München statt. Anwesend waren die Herren der städtischen Friedhofskommission und 4 Herren der genannten Vereinigung. Als Hauptpunkte wurden von der Vereinigung auf die Tagesordnung gestellt: a) Zulassung familiärer Grabsteine in polsterem Zustande, b) Abänderung der Höhenmaße von 1,60 Meter auf 2 Meter, c) Zulassung eines stimmberechtigten Mitgliedes der Vereinigung zu den städtischen Friedhofskommissionen. — Wenn auch kein definitives Resultat erzielt werden ist, so kann doch mitgeteilt werden, daß polsterne Steine, wenn dieselben eine künstlerische Absicht erkennen lassen und in die Umfassung passen jederzeit zugelassen werden sollen und daß die Denkmäler, welche in dem Katalog des Verbandes deutscher Granitwerke enthalten sind, künftig Genehmigung finden werden. Was die Höhenmaße betrifft, so wurde der Vereinigung ein reichhaltiges Entgegenkommen zugesichert. (Ebenso soll Punkt c) zur Befriedigung der Vereinigung gelöst werden. — Es ist nicht ausgeschlossen, daß demnächst eine weitere Zusammenkunft stattfindet, in der die gemeinsamen Interessen der Steinmetzgeschäfte und die Wünsche der Friedhofsverwaltung eventuell so formuliert werden, daß beide Teile auf ihre Rechnung kommen. — Das man im allgemeinen dem polierten Granit sehr zu Liebe geht, zeigt wohl am besten der Münchner Waldfriedhof, denn dort ist nur das Aufschalkmaterial vonabgegeben.

(Wir billigen es völlig, wenn die Interessenten gegen die scharfen Friedhofsdordnungen ihr Veto einlegen.)

**Süplingen Pfisterstein- und Schotterwerke (Gewerkschaft Heinerberg).** In der ersten Gewerkschaftsversammlung des Ende 1913 gegründeten Unternehmens wurde berichtet, daß Unternehmen habe in den ersten paar Monaten seines Bestehens gut gearbeitet. Es seien 18000 M. Gewinn erzielt worden, so daß voraussichtlich für das erste Geschäftsjahr mit einer Dividende von 15 Prozent gerechnet werden könnte, namentlich da Schotteraufträge der Kgl. Eisenbahndirektionen mit etwa 200000 M. vorlägen, auch das Pfistersteingewerbe sich gut anlasse und die Absatzprodukte zu guten Preisen Absatz fanden. Das Pfistersteingewerbe soll mehr forciert werden, da hierbei ein größerer Nutzen herauszuströmen als bei der Verhüttung. Aber trotzdem müssen wir immer hören, daß die Schotter- und Pfistersteinerwerke sehr schlecht gehen.

**Zuschlagslisten.** Die Ausführung der Terrazzo- und polierten Kunstgranitarbeiten zum Neubau des Tuberkulosekrankenhauses in Stettin waren kürzlich zu vergeben. Es forderten:

de Bernardi & Voska, Kiel	6884,50 M.
Max Breunmehl, Stettin	7490,28 "
Augusto Capella & Co., Schöneberg	9124,28 "
Francochina & Genova, Stettin	10400,89 "
Gehr. Klerio, Berlin	10893,47 "

Die Differenz beträgt somit in runder Summe 4000 Mark.

**Verdingungsergebnis.** Das Städtische Hochbauamt Witten vergeblich die Lieferung der Werkzeuge für die Fassadenverkleidung zum Neubau des Rathhauses (zirka 1500 Quadratmeter Werkzeuge aus einfarbigem, gelbem Auschlesienstein). Es forderten: Carl Diebold, Annen, 157 398,60 M.; Lünenbürger u. Franzen, Witten, 173 494 M.; Friedrich Braunschweig, Ibbenbüren, 174 677 M.; Dr. Hummelstein, Spröckel, 180 910 M.; Philipp Holzmann u. Co., Frankfurt a. M., 183 542 M.; Märkische Bau- und Steinindustrie, Wetter-Ruhr, 184 819,90 M.; Rippes u. Hoffmann, Spröckel, 189 822 M.; M. Lides u. Co., Köln, 196 353,95 M.; G. Buchmeyer, Herbede, 219 112 M.; G. Kühling, Herbede, 219 588,75 M.; Friedrich Gauß, Herbede, 219 588,75 M.; Hermann Lange, Bröhren bei Essen, 220 672 M.; Carl Graemer, Essen, 246 324 M. — Die Differenzen müssen geradezu enorm genannt werden. Die Zuschlagserteilung ist noch nicht erfolgt.

**3 1/2 Millionen Baupläne für den neuen Bahnhof Kollendorferplatz.** Der Magistrat der Stadt Schöneberg hat in diesen Tagen den Bau eines weitläufigen Unergrundbahnhofs auf dem Kollendorferplatz beschlossen, der gemeinsam mit der Hochbahngesellschaft ausgeführt werden soll. Die Vorlage über den Bau dieses Unergrundbahnhofs und über den Ausbau der Schöneberger Unergrundbahn und die Herstellung eines Durchgangsbetriebes nach der Lärreder der Hochbahn beschäftigt gegenwärtig den Verband Groß-Berlin. Die auf Schöneberg entfallenden Kosten sind auf 3 1/2 Millionen veranschlagt. Mit dem Bau des neuen Bahnhofs soll schon im Juli begonnen werden.

**5 Millionen Mark zu Pflasterungsarbeiten.** In Berlin-Neukölln wird die Gemeindeverwaltung zurzeit ein großes Straßenpflasterungsprojekt. Es sollen für 5 Millionen Mark Pflasterungsarbeiten vorgenommen werden.

**Große Halle für ein Warenhaus.** In Berlin, Potsdamer Straße, errichtet die Firma Josef ein großes Warenhaus. Zu den Häusern kommt in großem Maße Naturstein zur Verwendung.

**Strom wiederum verurteilt.** Einige hundert Führer wurden kürzlich wegen Verletzung der freien Verbandsbeamten Reimüller und Höber-Karlische in Gelnhausen von 10—25 M. verurteilt. Unter den Verurteilten befindet sich auch wiederum der Redakteur der hiesigen „Arbeiterzeitung“, Maximilian Stomm.

**Es wird immer toller.** Einige Zentralschriften sind jetzt daran, einen katholischen Delegiertenverband zu gründen. Dadurch wird das Chaos unter den katholischen Verbänden noch vermehrt. Es muß als ein großer Schaden bezeichnet werden, wenn nun auch noch eine katholische Zentralorganisation gegründet wird. Konkreter sind die katholischen Delegierten oder katholischen Pfaffen? Der katholische Delegierte ist eine katholische Person, in der eine Brücke gebaut wird, kein evangelischer Delegierter werden? Man muß wiederum, daß mit der Gründung eines katholischen Delegiertenverbandes nur die Geschäfte der Pfaffen besorgt werden.

**Fällung einer großen Wand.** In den holländischen Steinbrüchen zu Breda wurde am 22. März eine große Wand gefällt. Die Wand war 22 Meter lang, 3 Meter hoch und 8 Meter tief. Es wurden somit an die 7000 Kubikmeter Sandstein nieder. Die Arbeiter haben lange Zeit zu tun, um die ungeheuren Felsblöcke abzutransportieren.

**Amerikanisches Posttempo.** In der Leipziger Straße zu Berlin wurde am 22. März die Sandsteinwand bei der Errichtung eines Geschäftsgebäudes des Kommandanten der Posten. Am 1. April d. J. werden die Arbeiter aus dem holländischen Steinbruch nach Hause gehen, und nicht nur die einen hundert sondern hunderttausend, sondern der Rest bis zum

zweiten Stockwerk hochgezogen. Die Aktiengesellschaft für Bauausführungen, die Hoffmannsche Gebr. Zeidler und die übrigen beteiligten Firmen dürfen hier unter der Leitung des Architekten Heinrich Wolf einen Rekord in bezug auf Schnelligkeit im Bauwesen aufstellen. — Die verwendeten Werkzeuge dienen dabei mehr zur als Verkleidung.

## Quittung.

Vom 20. Juni bis mit 3. Juli gingen bei der Hauptkasse folgende Gelder ein:

- Kornhöfstadt 2.70, Zittau 3.—, Sternberg 3.50, Eisenberg 4.50, Trautenau 4.80, Gravenstein 4.50, Wilsdruf 4.80, Neustrelitz 5.—, Regesaf 5.60, Wiesenthal 6.50, Gaderleben 9.—, Hornberg 11.90, Dziergowitz 20.—, Lemitz 1050.—, Kirchberg 338.—, Mittelsteine 20.50, Nirnberg 1115.50, Langenlitzheim 84.—, Eichenbühl 30.—, Giberfeld 200.—, Waldburg 2.80, Wusterhausen 4.—, Nossbald 7.—, Harburg 9.—, Ober-Weißhitz 11.10, Landsberg 3.60, Spandau 5.10, Nienburg 5.80, Steinwiesen 11.60, Wismar 12.—, Debitfelde 3.20, Witten 5.24, Halberstadt 18.—, Nottenbauer 16.—, Pignitz 7.50, Lengensfeld 1.20, Gladbek 1.40, Hohenstein 4.80, Trebbast 5.—, Jever 5.—, Ruhlitz 20.—, Marktbreit 3.05, Frankfurt a. M. 304.80, Gebweiler 50.—, Gailbach 0.80, Pomberg 80.45, Gemsbach 209.50, Königsbrunn 500.—, Güneburg 27.50, Nieden 8.25, Westhofen 50.—, Metten 3.—, Alt-Warichau I 7.63, Pöhlitz 300.—, Frankfurt a. M. 5.60, Plau 4.80, Jena 4.80, Seuffen 2.80, Lübeck 2.40, Königsbrunn 2.40, Norden 1.80, Steinwiesen 3.60, Wilsdruff 4.20, Diergowitz 4.80, Jever 5.60, Biffelbode 6.00, Pagen 7.20, Cuzhagen 7.40, Zeltow 8.20, Zerbst 14.50, Neustadt (Alt) 0.60, Straßfurt 4.80, Zeltow 5.50, Rangleben 6.00, Briesen 6.—, Ruhlitz 9.—, Neumünster 18.60, Pöhlitz 2.40, Langensalza 2.40, Stettin 357.—, Mies 191.32, Döhring 10.50, Döhring 46.10, Süplingen 243.94, Nieba 54.—, Wittenberg 63.—, Wittenberg 562.—, Hauswalde 347.96, Faulbach 154.75, Elgershausen 52.50, Aunrichen 83.25, Aue 581.—, Aunrichen 170.75, Altleben 764.—, Rölln I 264.50, Hasserode 754.42, Stettin 125.50, Worms 17.18, Hohenkirchen 100.—, Pöhlitz 21.—, Neudorf 7.20, Bieblos 6.50, Relpke 6.—, Gollnow 6.—, Bergen 4.20, Walsleben 1.10, Rathenow 5.40, Eingen 6.20, Greiffenberg 9.90, Numa 9.50, Gaderleben 5.60, Baden-Baden 2.40, Frankfurt a. M. 4.20, Paderborn 8.25, Wiesbaden 394.52, Ober- und 18.46, Ströbel 450.—, Strehlen 927.—, Schwerin 78.42, Döhring 108.08, Strieparn 7198.77, Offenbach 61.65, Mayen 512.75, Leipzig II 59.25, Lübeck 155.—, Könnern 56.17, Pöhlitz 3614.18, Edertshausen 19.50, Rölln I 261.—, Beerwaldermühle 55.77, Arnsdorf 518.76, Brudmühl 10.50, Bayreuth 128.—, Bunzlau 182.52, Darmstadt 250.—, Hannover 905.20, Kaiserslautern 231.—, Kottenheim 174.04, Lübeck 3.55, Langensalza 384.06, Wüdingen 500.—, Prenzlau 94.50, Pirna 4817.43, Steinach 618.77, Wurzen 3387.86, Hamburg 26.—, Celle 0.70, Oberlungwitz 1.80.

Rudwig Geist, Kassierer.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer Ludwig Geist, Leipzig, Zeiger Straße 32, IV., zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, für was das Geld bestimmt ist.

## Allgemeine Bekannmachungen.

**Bernad.** Dem Schleifer Karl Firsichmann, geboren am 26. Oktober 1895 zu Amt-Stein, ist keine neue Interimskarte auszustellen. Er hat sein Buch in größter Unordnung hier liegen lassen. Adam Wehner, Vertrauensmann.

**Dresden-Pirna.** Die Firma Fleck & Jilmert in Rottwerndorf bei Pirna sucht Steinmetzen auf Cottar Stein. Genannte Firma hat aber trotz des Inserates nicht bloß keine Leute eingestellt, sondern im Gegenteil am 27. Juni in Dresden die meisten Kollegen und am 4. Juli auch in Rottwerndorf 20 Mann entlassen. Ein solches Vorgehen ist einfach unverständlich.

## BERLIN

**Mittwoch, den 15. Juli, abends 8 Uhr**  
**Kombinierte Versammlung**  
 im Großen Saal des Gewerkschaftshauses.  
 Tagesordnung:  
 1. Vortrag des Kollegen Georg Dornbusch über: Gewerkschaftswesen. — 2. Vierteljahresabrechnung.  
 Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht  
 Die Ortsverwaltung.

Neuheit für Steinmetzen!  
**Stockhammer**  
 mit auswechselbaren Zahnflächen.  
 „Jba“-Stockhammer.  
 Prospekte gratis.  
**Albert Baumann**  
 Aue (Erzgeb. 107).  
 Hartwerk und Werkzeugfabrik.



**Schürzen**  
 Hausmacherleinen, 100 und 115 cm breit, Schürzenstoffe in allen Breiten, Fadett-, Leder- und Nudelfaschichten in eigener Anfertigung empfiehlt preiswert  
**Emil Keidel** Spezial-Geschäft in Berufskleidung  
 Eigene Anfertigung.  
**Hamburg 6, Bartelsstrasse 93.**

**Ingenieur-Akademie Wismar a. d. Ostsee**  
 Maschinen- u. Elektro-Ingenieur-, Bau-Ingenieur-, Architektent. Spezialkurse Eisenbeton, Kalkül- u. koloniale Technik, Neue Laborat.  
**15 bis 20 Steinmetzen**  
 auf Raschelsalkstein für Wertplatz Gehespitz b. Jsenburg und  
**15 bis 20 Steinmetzen**  
 auf Sandstein (Gefirnarbeit) sowie  
**5 bis 10 Steinbrecher**  
 für Wertplatz Gaimühle b. Eberbach, werden sofort eingestellt.  
**Philipp Holzmann & Cie., G. m. b. H.**

Den reisenden Kollegen sei noch mitgeteilt, daß sie auf Arbeit Gelegenheit innerhalb der Zahlstelle nicht rechnen können.  
 Die Ortsverwaltung. J. A. S. Seidel.  
 Gerau (Post Langenberg). Ludwig Aisen, geboren in Altfos (Bezirkamt Bilschhofen), sende deine Adresse an den Unterzeichneten ein. Es handelt sich um den J. Nachtigall.  
 Joh. Plettner, Vorsitzender.  
 Hornberg. Ersuche die Vertrauensleute, dem Kollegen Otto Hermann bekanntzugeben, daß er das Buch (Im Reiche der Freiheit), welches er von der Kartellbibliothek entliehen hat, an den Unterzeichneten einzuschicken hat.  
 Peter Englmeier, Vorsitzender.  
 Leipzig. Die Reiseunterstützung wird ausbezahlt auf Wertplatz Nibel & Keller, Leipzig-Volkmarstorf, Wismannstraße.  
 Mittweida. Dem Kollegen Karl Deyer, geb. 21. Oktober 1890 in Gröba bei Mies, ist keine neue Interimskarte auszustellen.  
 Paul Fontana, Vorsitzender.  
 Raumburg. Dem Kollegen Willi Küll, geb. in Dorf Zechlin sind bei Auszahlung der Reiseunterstützung 75 Pfennige abzugelien und dem Kollegen Friedrich Rödbergsch, Raumburg, Tiefenberg 28, II., zuzusenden.

**Adressen-Änderungen.**  
 Bochum. Kass.: Cornelius van der Knyp, Göttingerstraße 48.  
 Rostock. Kass.: Karl Klähr, Kasernenstraße 28, pt. Solingen. Vorf.: Adolf Schneider, Frankenstr. 46, I.  
 Kass.: Ludwig Hebel, Weyerstraße 2.  
 Weichselburg. Vorf.: Otto Thurmman, Steinweg, Altschellen bei Weichselburg i. S.

## Versammlungskalender.

**Mitglieder-Versammlungen**  
 Memeran: 18. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Meier.  
 Rostock: 11. Juli, abends 8 Uhr, in der Philharmonie.

## Briefkasten.

H. Schm. In der Brillenangelegenheit kann sehr wohl eine Bestrafung erfolgen. Das „Aufbrahn“ hat keinen Zweck. — In solchen Fällen, also wenn Hypothekenschulden vorhanden sind, darf die Feuerversicherungsgesellschaft nicht so ohne weiteres den Betrag an den durch Brand Geschädigten auszahlen. Die Brandversicherung hat sich über den Stand der Hypotheken zu erkundigen. Das andere geht aus § 928 des Bürgerlichen Gesetzbuches hervor, welcher im ersten Absatz lautet: „Steht auf der Grenze ein Baum, so gebühren die Früchte und, wenn der Baum gefällt wird, auch der Baum den Nachbarn zu gleichen Teilen.“ Die stilistische Fassung ist zwar nicht einwandfrei, aber immerhin ist der Sinn des Satzes klar. — A. in D. Wird später verwendet, aber eine bessere Konzentrierung des Stoffes könnte nichts schaden. Besten Gruß. — Kritiker. Wir sagen mit Goethe: Du überlustiger Geißel, juch dich zum drittenmal das Fell. Besten Gruß. — Steinbruchbesitzer L. Solange der Verlechte infolge des Unfalls so hilflos ist, darf er nicht ohne fremde Wartung und Pflege bestehen kann, ist die Rente entsprechend, jedoch höchstens bis zum vollen Jahresarbeitsverdienst, zu erhöhen (§ 560 der Reichsversicherungsordnung). Das Übrige ergibt sich aus den Schlichtvorschriften, siehe § 2, Verantwortlichkeit. — G. Darüber geben wir eine Auskunft nicht. Wie die beruflichen Verhältnisse liegen, dieses kann am besten die Ortsverwaltung schildern. Wer als lediger Mann mit so großer Vorsicht in die Fremde geht, tut am besten, er bleibt bei Muttern. — Königsberg. Wir erwarten eine nähere Begründung. — Gersdorfer. Holzwelbig. Besten Dank. Wünschen Dir gute Besserung. — Stills (Ungarn). Die Hauptsache ist, daß die Sache klappt. Besten Gruß.

## Anzeigen

**Süchtige Hand- und Maschinenschleifer**  
 für Granit bei hohem Stundenlohn gesucht.  
**Plettner & Bruhn, Granit- und Marmorwerk Lübeck.**  
**Süchtige Handschleifer**  
 stellen sofort ein  
**Kell & Co., Granitwert, Dresden-Neustadt, Leipziger Straße.**  
**Pflastersteinhauer**  
 für dauernd gesucht. Löhne tariflich geregelt.  
**Bereinigte Granitwerke Seebach und Raudern**  
**Gebrüder Thiele.**

**Ein Steinmetz**  
 wird noch auf Bauarbeit gesucht.  
**Ernst Köh in Grimma.**

**2 Steinmetzen**  
 für Kunststein bei hohem Lohn gesucht. Stellung angenehm und dauernd.  
**Grabsteinfabrik Saminski, Briesen (Wrt.)**

**Süchtigen Steinmetz**  
 für Aufschalk sofort gesucht.  
**Bermann Schwoeps, Malchow (Mecklenburg).**

**Poliseur für Waschtische**  
 stellt ein  
**Alfred Möbius, Artern, Harzstr. 20.**

**Gestorben.**  
 (Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Kenntnis eingeleitet werden.)  
 In Erfurt am 30. Juni der Maschinist Karl Kleiner, 59 Jahre alt, infolge Unfall.  
 In Lohranseifersdorf am 2. Juli der Granitbrecher August Richard, 48 Jahre alt, an Bluterkrankung.  
 In Stralsburg am 30. Juni der Sandsteinmetz Georg Hoffmann I, 55 Jahre alt, an Bluthyrung.  
 Ehre ihrem Andenken!  
 Verantwortlicher Redakteur: H. Staudinger, Leipzig.  
 Verlag von Paul Starke in Leipzig.  
 Katalanendruck der Leipziger Buchdruckerei Aktien-Gesellschaft.